

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl., monatl. 4,00 zl. In den Ausgabeketten monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zl., monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 8 zl., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstag- und Sonntags-Nr. 10 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Beruf-Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einsämtige Millimeterzeile 15 gr., die einsämtige Deutshland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plakatvorstech und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offsetengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postgeschäften: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 182.

Bromberg, Donnerstag den 11. August 1932.

56. Jahrg.

## Von Weichsel und Rhein.

Deutsche Glossen zu polnischen Zeitungsstimmen.

Die „Kölner Zeitung“ schreibt:

Der Schuster soll zwar bei seinem Leisten bleiben; aber wenn er ein Meister seines Fachs ist, schlägt er nicht jeden Schuh über denjenigen Leisten. Die politischen Schuster in Polen (und anderswo) haben seit Anbeginn für die deutsche Außenpolitik einen bestimmten Leisten, über den jeder innen- und außenpolitische Vorgang in Deutschland gespannt wird; und wenn Schuh und Leisten nicht zusammenpassen, wird das Leder zurecht gehämmert, bis es auf dem Leisten sitzt. Die politischen Schuster kümmern es dabei wenig, daß sie ihr Gewerbe schändlich blosstellen. Für Deutschland liegt in Polen der Leisten „Revanche“ bereit, und auf ihn spannen auch die offiziösen Pfuscher jetzt das Ergebnis der Reichstagswahl:

Das Hauptorgan des Regierungslagers, die „Gazeta Polska“, ergeht sich in Mutmaßungen über die politische Entwicklung in Deutschland und gelangt dabei zu folgendem Ergebnis: Eigentliche Scheidungslinie zwischen den großen in Deutschland kämpfenden Gruppen sei durch die verschiedenartige Einstellung zu der Frage „Krieg oder Frieden“, zur Frage einer „bewaffneten Revanche“ gezogen. Wenn man von der kommunistischen Bewegung absehe, so stünden sich zwei annähernd gleich starke politische Lager gegenüber, die Sozialdemokratie und das Zentrum mit 15 Millionen Stimmen auf der einen und die Nationalsozialisten mit 14 Millionen Stimmen auf der anderen Seite. Das Gleichgewicht zwischen diesen beiden großen Kräftegruppen lasse erwarten, daß die Macht bei dem dritten Faktor, der als überparteilich auftretenden Regierung Papen-Schleicher verbleiben werde. Es sei indes vollkommen klar, daß auch diese Politiker, die die Staatsgewalt in ihren Händen haben, ihren Platz unzweideutig auf der einen Seite der Barrikade einnehmen, da sie alle „ausgesprochene Revanchisten“ seien, deren Politik in der Vorbereitung eines zukünftigen Krieges bestehne. Es sei also mit der Gefahr einer aggressiven deutschen Politik zu rechnen, da die „Regierung der Imperialisten“ im Hinblick auf ihre innerpolitisch „immerhin“ schwache Stellung noch mehr zu Versuchen verleitet werden könnte, durch außenpolitische Erfolge ihre Festigkeit nachzuweisen.

Der Schuh der deutschen Politik ist also wieder einmal so stellt die „Kölner Zeitung“ fest für den polnischen Leisten zu recht geslagen, wenn auch um den Preis aller Vernunft und der Auferachtlassung aller Tatsachen, die das Gegenteil der Schlussfolgerung des miserablen offiziösen Schusters beweisen. Glücklicherweise wird die deutsche Außenpolitik nicht so dummi betrieben, wie der Warschauer Offiziosus das glaubt befürchten zu müssen.

Wer ernst genommen werden will, kann nicht zur selben Zeit zwei vollkommen gegensätzliche Auffassungen vertreten. Man kann nicht moralische Verpflichtungen mit Füßen treten und sie im selben Augenblick mit den Händen hochhalten. Polens Minderheitenpolitik aber wird nach dieser Methode betrieben. Die Entnationalisierung der auf dem Gebiet Polens lebenden Minderheiten gilt als Staatsnotwendigkeit, und die Minderheitenschutzverträge, die dem Chauvinismus einen Niedergang vorschreiben, werden deshalb als „unenträgliche Belastung“ bezeichnet. Wenn aber ein anderer Staat gegenüber Bürgern polnischen Volksstums nach dem Vorbild Polens verfährt, so ist das selbstverständlich ein Verbrechen. So ergeht sich der deutschfreundliche Krakauer „Ilustrowany Kurier Codzienny“, der in der Hebe gegen die Minderheiten in Polen täglich sich selbst von neuem übertrifft, neuerdings wieder in Bescherden wegen der Entnationalisierung der polnischen Auswanderer in Frankreich. Wie die französische Schule, so schreibt das Blatt, bemühe sich auch die katholische Geistlichkeit, die in Nordfrankreich nun geschlossenen Siedlungen wohnenden polnischen Arbeiter zu „romanisieren“. Gegenwärtig seien 15 französische Pfarrer dazu bestimmt worden, die Seelsorge unter den polnischen Auswanderern anzutreten. Gleichzeitig werde polnischen Priestern, die ihre Volksgenossen in Frankreich betreuen wollten, die Einreise- genehmigung verweigert. Die französische Missionstätigkeit gehe ja stets mit Französisierung Hand in Hand. „Diese Missionsmethoden“, so ruft das Blatt pathetisch, mögen für die Wilden in Afrika von großem Nutzen sein, die polnischen Auswanderer dagegen müssen sich um so mehr gegen eine derartige Vertägung der französischen Geistlichkeit wehren, als von der katholischen Kirche in Polen ein besonderes Institut in Posen gegründet worden ist, um Seelsorger für sämtliche Zentren der polnischen Emigranten auszubilden.“

Wir sind, so bemerkt die „Kölner Zeitung“ hierzu, bei unserer grundsätzlichen Auffassung vom Recht der Minderheiten, weit davon entfernt, diese Entnationalisungsbestrebungen Frankreichs zu verteidigen, sondern führen die Auferungen des polnischen Blattes nur an, um das doppelte Gesicht der polnischen Minderheitenpolitik zu zeigen. Frankreich verfährt mit den Polen in Frankreich (bei denen es sich ja freilich keineswegs um eine echte, um eine historische Minderheit handelt) genau so wie Polen mit seinen Minderheiten. Ein weiterer Beweis für die Zweipartigkeit Polens liegt in der Tatsache, daß es den organisatorischen Zusammenschluß der

Minderheiten im eigenen Land zu verhindern, den Zusammenschluß der Polen im Ausland aber zu fördern trachtet. So hat der seit 1929 bestehende „Organisationsrat der Polen im Ausland“ beschlossen, sämtliche im Ausland lebenden Polen in einem Welt und zusammenzufassen. Die Zahl der im Ausland lebenden Polen wird mit 7 Millionen angegeben. Ein Kongress der Auslands-Polen soll 1934 stattfinden, und dann soll auch die Gründung des Weltbundes der Polen vollzogen werden. Wenn unter Förderung deutscher amtlicher Stellen dasselbe versucht würde — ja Bauer, das wäre eben etwas anderes! (Man hat schon den ganz legalen „Deutschumsbund“ seit 9 Jahren aufgelöst, der ein harmloses Gegenstück zu dem ungestört arbeitenden „Polenbund“ in Deutschland war! D. R.)

## „Dritte Kategorie“.

Weder Gläubiger- noch Schuldner-Staat?

Einer Meldung der polnischen Telegraphen-Agentur aus London zufolge teilt der „Manchester Guardian“ in einem längeren Artikel, in welchem sich das Blatt mit der Finanzlage Europas beschäftigt, die europäischen Staaten in drei Kategorien: in Gläubiger-Staaten, Schuldner-Staaten, sowie in solche Länder, die heute in der glücklichen Lage sind, weder Gläubiger noch Schuldner zu sein. Zu der ersten Kategorie zählt das Blatt England, Frankreich, Holland, Schweden und die Schweiz, zur zweiten Deutschland, Österreich und Ungarn. Beide diese Kategorien von Staaten, deren Finanzverhältnisse sich in den letzten zehn Jahren sehr verschärft haben, sind von dem finanziellen Chaos betroffen worden, das sich aus dem vorjährigen Zusammenbruch ergeben hat.

Dagegen ist die dritte Kategorie der Staaten von diesem Chaos verschont geblieben. Der „Manchester Guardian“ zählt hier vor allem Italien, Spanien und Polen auf und stellt fest, daß diese drei Länder, die im Laufe der letzten zehn Jahre außer dem Bereich der gewaltigen Finanzbewegung standen, durch den Zusammenbruch des Vorjahres verhältnismäßig wenig gelitten hätten. Die Banken dieser Länder waren dem Run der fremden Gläubiger nicht ausgesetzt, wie die deutschen, österreichischen und ungarischen Banken und wurden auch nicht vom Bankrott der fremden Schuldner betroffen, wie die englischen, französischen, holländischen, schwedischen und Schweizer Banken.

Diese günstige Beurteilung der Finanzlage Polens durch den „Manchester Guardian“ bezeichnet die polnische Telegraphen-Agentur als sehr charakteristisch und wertvoll.

Aber daß wir hier in Polen wirklich von der Wirtschaftskrise und dem „Chaos“ verschont geblieben sein sollen, — dieses Märchen wird wohl auch die „Pat“ nicht glauben. Mögen wir dreist zur „dritten Kategorie“ des englischen Blattes zählen, an Schuldner ist in unserem verarmten Lande kein Mangel. Ja, selbst der Staat soll einige Schulden haben . . .

## Ein famoser Heerführer und eine schlappe Regierung.

Wie United Press aus Nanking meldet, hat Tschang-hsüliang, der frühere Machthaber in der Mandchurie, seinen Posten als Mitglied der Zentralregierung und als Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen in Nord-China niedergelegt.

Das würde einen klaren Sieg des chinesischen Ministerpräsidenten Wangtschinwei bedeuten, der vor wenigen Tagen an Tschang-hsüliang ein Telegramm mit der Aufforderung zur Demission gesandt hatte. Der Neue Telegraphendienst gibt dieses Telegramm jetzt bekannt. Es lautet folgendermaßen: „Seit einem Jahre taten Sie nichts, um unsere Achtung zu verdienen. Sie überließen die Mandchurie ohne Schwierigkeiten dem Feinde, der jetzt schon die Provinz Oschschol bedroht, von wo aus er nach Peking und Tientsin vorstoßen kann. Dabei verfügen Sie über eine der besten Armeen in China. Jetzt erklären Sie plötzlich, daß Sie kämpfen wollen, aber Sie werden nur deshalb ein Held, um von der Regierung, deren Kassen leer sind, ungeheure Summen zu erpressen. Wir stellten vor kurzem zwei Millionen Dollars zur Verfügung, und jetzt verlangen Sie drei Millionen Dollars monatlich mehr, um Oschschol gegen die Japaner zu verteidigen. Dieses Verlangen ist durch nichts gerechtfertigt. Ich fordere Sie hiermit auf, zu demissionieren und gebe selbst meine Demission als Präsident des Exekutivrates.“

Die Demission Wangtschinweis, vor der in dem vorliegenden Telegramm die Rede ist, wurde bereits am Sonnabend von Wang selbst bestritten. Offenbar fühlt er nach Lage der Dinge keine Veranlassung mehr, seine Ämter aufzugeben. Dagegen soll der Justiz- und Außenminister Lomenkan mittlerweile demissioniert haben. Angeblich befürchtet man in Nanking, daß noch weitere Demissionen folgen. Die chinesische Zentralregierung scheint sich über das Vorgehen gegen Japan nicht einig zu sein. Die Frage gewinnt jedoch mit jedem Tag an Dringlichkeit, denn Japan bereitet sich auf neue Aktionen vor und hat schon sechs Kriegsschiffe nach Shanghai, Kanton und Hankau entsandt.

## Gesamt-Demission des chinesischen Kabinetts.

Shanghai, 9. August. (WTB.) Da Wangtschinwei bei seinem Rücktritt beharrte, ist das Gesamt-Kabinett zurückgetreten. Diesem Beschlus haben sich auch die in Rangkun amtierenden Minister angelassen.

\*  
Chinesische Freischärler verhungern und ertrinken

Mukden, 9. August. (Eigene Meldung.) Nach Mitteilungen der japanischen Militärbehörden haben sich große Verbände der chinesischen Freischärler ergaben, da infolge der Überschwemmungen Mangel an Nahrungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen herrscht. Nordöstlich von Mukden sollen viele Hundert Männer ertrunken sein.

## Nener japanischer Generalstabsschef.

Paris, 10. August. (PAT) Der japanische Vizekriegsminister Koiso ist zum Generalstabsschef der japanischen Armee in der Mandchurie ernannt worden. Zum Vizeminister wurde Yanagawa berufen. Der General, Fürst Nashimoto, wurde zum Feldmarschall ernannt.

\*  
China bemüht sich um eine Anleihe in Frankreich.

Paris, 10. August. (PAT) Nach umlaufenden Gerüchten beabsichtigt die chinesische Regierung, sich in Frankreich um eine Anleihe in Höhe von 200 Millionen Goldfranken zu bemühen. Eines der markantesten Mitglieder des Kuomintang Lin-yung soll binnen kurzem mit der Mission in Paris eintreffen, in Sachen dieser Anleihe zu verhandeln.

## Eine blöde Enthüllung.

Als Verlobte empfehlen sich: Hearst und die Wilhelmstraße!

Die Pariser Wochenschrift „Auzécontes“ veröffentlicht „Enthüllungen über bewaffnete revisionistische Pläne Deutschlands“; diese Enthüllungen werden von der gesamten polnischen Presse mit entsprechenden Überschriften und in großer Aufmachung ihren Lesern vorgezeigt.

Danach soll der Verleger der zitierten Wochenschrift durch einen glücklichen Zufall ein Dokument erhalten haben, durch das „der unerhörte Umfang der deutschen Propaganda und vor allem der enge Zusammenhang dieser Propaganda mit den realen, auf die Wegnahme PommereLens gerichteten Plänen“ festgestellt wird. Wie aus diesem Dokument hervorgehen soll, hat die Propaganda-Abteilung der Deutschen Regierung ein Geheimabkommen mit der großen amerikanischen Presse-Agentur „Hearst“ abgeschlossen. Auf Grund dieses Abkommens soll Deutschland an die Firma 6 000 000 Dollar zahlen, (das dürfte noch viel zu wenig sein! D. R.) wofür die Presse-Agentur einen riesigen Propaganda-Feldzug durchführen soll. Die Agentur soll auch durch Vermittlung von Agenten eine Grundlage zur Besetzung der freien Stadt Danzig und PommereLens durch Deutschland schaffen. Die ersten deutschen Schritte sollen 30 Monate nach dem Beginn des Feldzugs der Hearstischen Presse-Agentur beginnen. Es ist immerhin freundlich, daß man den Zeitpunkt vorher bekannt gibt, an dem die amerikanischen „Agenten“ mit ihrer Grundlage gegen das polnische Heer antreten werden..

Diese lästigen „Enthüllungen“ des Pariser Wochenschriften sollen, wenigstens der polnischen Presse zufolge, in französischen politischen Kreisen einen großen Eindruck hervorgerufen haben. Der Verleger der „Auzécontes“ hat das Dokument, auf Grund dessen er diese Enthüllungen bekannt gibt, unverzüglich dem französischen Außenministerium zur Verfügung gestellt.

Man wird dort hoffentlich über einen großen Papierkorb verfügen, der dieses gedruckte oder geschriebene Geschwätz aufnehmen kann. Der wirklich alberne Inhalt widerlegt sich selbst. Uns beschäftigt nur die weit näher liegende Frage, wie lange sich der polnische Leiter solchen blühenden Blödsinn noch aufstellen läßt!

## Boliviens Friedensbedingung.

Es verlangt Wiederherstellung des früheren Gebietsstandes.

Buenos Aires, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) Meldungen aus La Paz zufolge hat die Regierung von Bolivien den neutralen Mächten gegenüber ihre Bereitswilligkeit zur Einstellung der Feindseligkeiten erklärt, wenn die Gebietsverhältnisse wiederhergestellt werden, die vor Gründung der Feindseligkeiten bestanden. Die Regierung bitte um Antwort, ob Paraguay und die neutralen Mächte sich damit einverstanden erklären. Diese Bedingung ist recht unklar, da die Gebietsverhältnisse bereits vor Gründung der Feindseligkeiten strittig waren.

Der Schritt Boliviens erfolgte auf die Aufforderung der Vereinigten Staaten, Mexikos, Kubas und Columbiens, von Mittwoch ab alle militärischen Operationen einzustellen.

Unbestätigten Meldungen zufolge wurden in Bolivien acht Arbeiter wegen Kundgebungen gegen den Krieg erschossen. Zwischen Studenten der verschiedenen Richtungen haben erste Zusammenstöße stattgefunden.

Argentinien hat zum Zeichen strengster Neutralität seine Militärmission aus Paraguay zurückgesogen.

## Stimson gegen den Krieg.

Newyork, 8. August.

Die Amerikanische Regierung hat beharrlich geschwiegen, während Senator Borra sprach, und Europa auf autoritative Worte wartete. Endlich hat heute abend Staatssekretär Stimson vor der privaten Organisation des "States for foreign relations" das Schweigen gebrochen und für das amerikanische Volk wieder ein feierliches Bekennen zum Frieden abgegeben. Das Fehlen jeder Andeutung auf die aktuellsten Probleme, auf die Weltwirtschaftskonferenz oder die Schuldenfrage, enthüllt die politische Absicht der Aktion: Amerika betont noch einmal, daß eine

effektive Ausrüstung Voraussetzung für die Überwindung der Krise

und damit für die amerikanische Opferbereitschaft auf wirtschaftlichem Gebiet ist.

Stimson spricht in einem Augenblick zur Weltöffentlichkeit, wo Frankreichs Verbarren auf der These bekräftigter Sicherheit die deutsche Politik zu entscheidenden Handlungen drängt, und die Krise des Völkerbundes allen offensichtlich geworden ist. Seine Rede ist ein groß angelegtes Völkervertrag für die Fortschritte, die trotz der bisherigen Enttäuschung von Genf auf dem Wege zur internationalen Sicherung des Friedens erzielt sind. Das Kernstück dieser Bemühungen sieht er im Kellogg-Pakt, der praktisch alle Länder zur Achtung des Krieges als Mittel der Politik verpflichtet. Stimson betont aber, daß seine Wirksamkeit die Unterstützung durch die Stimmen der Völker verlangt.

In einem historischen Rückblick schildert Stimson die Entwicklung des Völkerrechts, das früher den Krieg als legalen Zustand anerkannte und die Rechte und Pflichten der Neutralen festlegte. Heute aber sei jeder Krieg ein ungerechter Zustand, und der Weltkrieg habe erwiesen, daß ein neuer Krieg die Zivilisation vernichten müsse. Seit der Ratifizierung des Kellogg-Paktes im Sommer 1929 habe

die amerikanische Friedenspolitik in Zusammenarbeit mit dem Völkerbund die Ausbreitung des russisch-chinesischen Krieges verhindert und im jetzigen manchmalen Konflikt durch die in Genf sanktionierte These der Nichtanerkennung gewaltsam herbeigeführter territorialer Veränderungen eine neue internationale Rechtsphäre geschaffen.

Breiten Raum widmet der Leiter der amerikanischen Außenpolitik der Interpretation des Kellogg-Paktes, dessen Ergänzung durch eine besondere Konvention-Klausel manchen Ländern wünschenswert erscheine. Stimson erinnert an die gemeinsame Erklärung Hoovers und Macdonalds nach der Aussprache in Rapidan Camp im Herbst 1929, in der es heißt:

"Unsere beiden Regierungen haben sich entschlossen, den Friedenspakt nicht nur als eine Erklärung guter Absichten anzusehen, sondern als eine positive Verpflichtung, die nationale Politik in Übereinstimmung mit seinen Grundsätzen zu führen."

Die Entwicklung der letzten Jahre habe deutlich gezeigt, daß der Kellogg-Pakt die Verpflichtung zur Beratung zwischen den Mitgliedern enthalte, wenn sie sich vor einer Kriegsgefahr fühlen. Diese Tatsache sei vielleicht noch nicht von allen Seiten genügend beachtet worden, aber ein wirksamer Appell an das Weltgewissen sei gemeinsame Aussprache und Beratung voraus. Diese Überzeugung habe auch in den Programmen der beiden großen amerikanischen Parteien auf den Konventionen von Chicago ihren Niederschlag gefunden.

Staatssekretär Stimson schloß der "Boss. Blg." zufolge mit der Versicherung, daß es dem amerikanischen Volke ernst sei um die Wirksamkeit des Kellogg-Paktes, und daß es seinen Teil an der Sicherung des Friedens beitragen werde.

## Japans Anfrage an Washington.

Tokio, 10. August. (PAT) Der japanische Außenminister hat sich an die japanische Botschaft in Washington mit der Bitte gewandt, ihm den wörtlichen Text der Rede zu übersenden, die Stimson in der Sitzung der Außenkommission gehalten hat. Einige Abschnitte dieser Rede betreffen die Aktion Japans in der Mandchurie. Die japanische Regierung soll beabsichtigen, sofern sie dies nach Kenntnisnahme des genauen Wortlauts für angebracht hält, diplomatische Schritte in Washington zu unternehmen.

## Schärfste Maßnahmen gegen den politischen Terror im Reich.

### Neue Notverordnung Hindenburgs.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichsgesetzblatt wird eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten bekannt gegeben, in der zur Bekämpfung der bisher unerhörten Gewaltakte schärfste Maßnahmen verordnet werden.

Für die schwersten Fälle ist die Todesstrafe vorgesehen. Während bisher die Todesstrafe nur verhängt werden durfte, wenn dem Täter Vorsatz und Überlegung nachgewiesen waren, kann er jetzt auch dann zum Tode verurteilt werden, wenn er ohne Überlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes mit Zorn und Hass den Totschlag verübt. Einen zweiten Grund für die Todesstrafe geben die Tötung von Polizeipersonen und endlich schwere Fälle von Brandstiftung.

Mit Buchthaus nicht unter zehn Jahren wird bestraft, wer die Polizei mit der Waffe tödlich angreift.

Mit Buchthaus werden ferner alle politischen Gewalttaten bestraft, die von mehreren gemeinsam und mit der Waffe ausgeübt werden. Außerdem alle Angriffe auf die Polizei. Die Delikte des Landfriedensbruchs und Haussiedensbruchs werden gleichfalls mit Buchthaus geahndet.

Die neue Notverordnung führt endlich Sondergerichte ein, die in beschleunigtem Verfahren Recht sprechen sollen, deren Urteile, ohne daß die Möglichkeit an weiteren Rechtsmitteln gegeben ist, sofort rechtskräftig und vollstreckbar sind.

Weitere Maßnahmen werden auf Grund des § 11 der früheren Notverordnung zu dem gleichen Thema gegen dieselben intellektuellen Urheber von Terrorakten angedroht, die aus dem Hintergrund die Massen anreizen. In diesem Zusammenhang wird besonders die Presse verwirkt. Solche intellektuellen Urheber sollen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden.

### Der scharfe Wind.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) Im Zusammenhang mit dem Erlass der neuen Notverordnung gegen politische Terrorakte erklärt die Reichsregierung gegenüber allen Gerichten, die von einer Amnestie politischer Verbrechen und Vergehen sprechen, daß eine Amnestie politischer Straftaten in schroffstem Gegensatz zu der Politik der Reichsregierung stehen würde, und daß diese keine Amnestie anträgt.

In einer neuen Verordnung wird der politische Frieden, der öffentliche Demonstrationen und Versammlungen untersagt, der am heutigen 10. August abliegt, bis zum 31. August aufrecht erhalten.

Endlich wird bekanntgegeben, daß eine Vereinbarung mit den Länderregierungen über den Vollzug der Festungsmauer getroffen worden sei, wonach diese strenger als bisher gehandhabt werden soll. Es soll für Festungsmauerneinen unbefestigten Stadtausgang mehr geben; außerdem wird für die Festungsmauer täglich eine höchststündige Beschäftigungszeit in verschlossenem Raum vorgesehen.

### Sozialistische Gerüchte.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der "Sozialdemokratische Pressedienst" bringt die recht unwahrscheinlich klingende Meldung, daß die einschneidenden Verordnungen der Reichsregierung gegen terroristische Attentate auf vertrauliche Informationen zurückzuführen seien, die Reichskanzler von Papen über gewisse Vorbereitungen der Nationalsozialisten zu Attentaten auf einzelne politische Persönlichkeiten, sowie auf Regierungsbürogebäude in Berlin erhalten haben soll. Nach diesen Infor-

mationen, die wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" bestätigt, in Regierungskreisen großen Eindruck gemacht hätten, sollten die Attentate in der Nacht zum 11. d. M. in die Tat umgesetzt werden.

Nach einer Meldung der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" hatte der Reichskanzler von Papen gestern abend eine längere Unterredung mit dem Minister von Schleicher. Im Zusammenhang mit der Mitteilung von der Zusammenziehung von nationalsozialistischen Sturmabteilungen in der Gegend von Berlin befindet sich die Polizei in der Nähe der Regierungsbauweise in Alarmbereitschaft. Die Polizeiwachen wurden in der Nacht mit Karabinern ausgerüstet und mit besonderen Instruktionen versehen. Offizielle Kreise erklären, daß zu Verstärkungen kein Anlaß vorliege. Die letzten Ereignisse seien von den maßgebenden Faktoren mit großer Aufmerksamkeit beobachtet worden, und die Regierung habe alle Maßnahmen getroffen, die zum Zwecke haben, eventuelle Unruhen zu verhindern.

### Neue Attentate.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) Aus verschiedenen Teilen des Reiches liegen wieder Meldungen über neue Anschläge vor. Gegen das Arbeitsamt in Lauban wurde eine Handgranate geworfen. Der Sachschaden ist erheblich. In Bösel in Ostpreußen wurden auf Buntmetallangehörige Anschläge verübt. Personen kamen nicht zu Schaden. In Neidenburg fand man vor dem Reichsbankgebäude eine Bombe. In Elbing wurde auf das Verlagshaus der sozialdemokratischen "Freien Presse", in dem auch das Bureau der "SPD" untergebracht ist, ein Bombenanschlag verübt. Auch hier ist der Sachschaden erheblich. Ferner werden aus dem Kreis Görlitz mehrere Anschläge auf Konsumvereinsfiliale linksgerichteter Personen gemeldet, wobei es zwei Leichtverletzte gab.

### Kabinett-Umbildung in Berlin.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute aus Niedersachsen nach Berlin zurückgekehrt.

Herrn vormittag um 11 Uhr begab sich Reichskanzler von Papen zum Reichspräsidenten, um ihm über die Pläne zur Umbildung der Reichsregierung Vortrag zu halten. Um 17 Uhr findet eine Kabinettssitzung statt. Nach Abschluß der Sitzung wird der Kanzler den Führer der NSDAP Adolf Hitler, sowie Vertreter des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei empfangen.

### Abnahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) In der zweiten Juli-Hälfte wurden 580000 Arbeitslose in Deutschland gezählt, damit hat die Zahl der Arbeitslosen um 99000 gegenüber der vorhergehenden Zählung abgenommen. Die Gründe dafür sind in einer saisonalen Befreiung der Landwirtschaft, der Industrie der Steine und Erdöle und vornehmlich wohl in der Einführung der Hilfsbedürftigkeits-Bescheinigungen für die Arbeitslosen-Unterstützung zu suchen.

Die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung haben um 11700 abgenommen, in der Krisenfürsorge um 187000. Dagegen ist die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen um 80000 gestiegen.

## Wie war es in Gdingen?

Die schwülstigen Artikel, die fast die gesamte polnische Presse des Festes des Meeres und dem imposanten Verlauf dieser Veranstaltung gewidmet hatten, finden jetzt einen bitteren Beigeschmack durch eine Schilderung des Berichterstatters der "Gazeta Warszawska", der am 31. Juli ebenfalls in Gdingen weilte, und nun seine Eindrücke wiedergibt, die er an diesem Tage in Gdingen gewonnen hatte. Er schreibt seinem Blatte u. a.:

... Das Fest in Gdingen war fatal organisiert, und wenn der Regierungskommissar Babiewski von seinem Posten aus diesem Grunde zurückgetreten ist, so kann man dies nur gutheißen, da er bei dieser Gelegenheit das Maximum seiner Unfähigkeit bewiesen hat. Es stellt sich heraus, daß man nicht daran gedacht hat, die Stadt mit einer größeren Menge Proviant, ja nicht mal mit genügend Trinkwasser zu versorgen. Nachdem die Leute von Staub und Hitze ermüdet, die Restaurants und Kaffeehäuser, und schließlich auch die Kioske um Selterswasser gestürmt hatten, fehlte es schließlich an Speise und Trank. Noch schlimmer verhielt sich die Sache mit dem Nachtlager. Zum Glück war die Nacht von Sonntag zu Montag warm. Man näherte also unter freiem Himmel, indem man sich auf Gartenbänken, auf Rasenflächen oder sogar direkt auf den Bürgersteigen zur Ruhe legte.

Aber dies alles ist noch nichts im Vergleich zu dem, was bei der Organisierung des Transports vor sich ging. Auf dem Bahnhof herrschte ein riesiges Chaos. Die auf den Bahnsteigen zusammengepreschten Menschen warteten stundenlang auf die Züge, ohne von irgend jemand Information über die Zeit und die Richtung der Abfahrt der Züge zu erlangen. Jeder abgehende Zug wurde wie eine Festung gestürmt. Die Leute drängten sich durch die Fenster in die Waggons, krochen auf die Dächer, fuhren auf den Puffern. Die Mitglieder der einzelnen Organisationen, ja sogar die Familien verloren den Kontakt miteinander, und in dem Gedränge kam vielen Personen die Bagage abhanden, die Kleider wurden beschädigt usw. Besonders hatten die Frauen zu leiden, so daß zahlreiche Ohnmachtsanfälle vorkamen. Es spielten sich direkt dantesche Szenen ab.

Und doch war es bekannt, wieviel Personen annähernd nach Gdingen kommen werden, es war daher nicht schwer, die nötige Zahl der Züge zu berechnen. Wäre es nicht besser gewesen, die örtlichen sozialen oder Sportorganisationen damit zu betrauen, für die Ruhe und Ordnung zu sorgen statt Polizei-Abteilungen nach Gdingen zusammenzuziehen. Der erste beste Sokol aus Gdingen hätte die Ankommenden besser über alles informieren können, als die Polizisten aus anderen Städten, die sich selbstverständlich im Terrain nicht orientieren konnten. Es hat überhaupt keinen Plan, keine Organisation gegeben ..."

Die Sanierungspresso bezeichnet die Darstellung der "Gazeta Warszawska" als eine nationaldemokratische Lüge und meint, daß die gesamte öffentliche Meinung Gdingens ohne Unterschied der Überzeugungen über diesen tendenziösen Artikel empört sei. Von einem Chaos könne keine Rede sein, die Vorräte an Fleisch, Mehl, Brot und Räucherwaren seien nicht aufgebraucht worden, und von den zur Verfügung gestellten 30000 Schlafgelegenheiten seien nur 13000 in Anspruch genommen worden. Im Zusammenhang damit kündigt die Sanierungspresso an, daß der Verband der Gdingener Vereine, der über 120 Organisationen umfaßt, eine außerordentliche Versammlung einberufen wird, um dagegen zu protestieren, daß die "Gazeta Warszawska" aus Anlaß des "Festes des Meeres" ihre Leser in einen Irrtum versetzt habe.

## Aus anderen Ländern.

Schober operiert.

Die in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte über eine Verschlimmerung im Befinden des ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Schober haben ihre Erklärung gefunden. Dr. Schober hat sich vor Wochenfrist einer immerhin umständlichen Operation unterziehen müssen, die den Zweck hatte, im Herzbeutel angehämmeltes Wasser zu entfernen. Die Operation verlief ohne jede Komplikation und brachte dem Patienten die erhoffte Erleichterung.

### Große Manöver der italienischen Flotte.

Rom, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) An den großen Manövern der italienischen Flotte, an denen 100 Kriegsschiffe, 30 Unterseeboote, sowie mehrere Flugzeuggeschwader der neuesten Konstruktion teilnehmen werden, wird auch Mussolini anwesend sein, der bereits mit dem Dampfer "Aurora" in das Manöver-Gebiet abgereist ist. In französischen militärischen und politischen Kreisen herrscht im Zusammenhang mit diesen Manövern Italiens eine große Beunruhigung.

Die englischen Zeitungen veröffentlichen Artikel, in denen dargelegt wird, daß die gigantischen Manöver der italienischen Flotte, die im Beisein Mussolinis stattfinden, eine Demonstration gegen Frankreich sein sollen.

## Kleine Rundschau.

Waldbrände in Griechenland.

Athen, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.) Im Peloponnes bei Patras wüteten seit mehreren Tagen riesige Waldbrände. Einige Dörfer mußten bereits geräumt werden. Viele andere sind stark gefährdet. Die Zugverbindung ist unterbrochen. Die Waldbrände haben mehrere Todesopfer gefordert. Die Feuerwehr ist zur Hilfeleistung in das Brändgebiet entsandt worden.

Flugzeugabsturz des Piloten Poß.

München, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nähe von Dachau stürzte am Dienstag abend ein Flugzeug ab. Während sich der Führer, der bekannte Pilot Poß, durch Fallschirmsprung retten konnte, wurde der Monteur Starhinski getötet, da sich sein Fallschirm nicht öffnete.

## Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 10. August 1932.  
Arakau - 0,18, Jawichot + 1,70, Warischau + 1,08, Bielitz + 0,62, Thorn + 0,45, Norden + 0,44, Culm + 0,27, Graudenz + 0,40, Kurzbrück + 0,65, Bielitz - 0,18, Dirschau - 0,22, Einlage + 2,46, Schielenhorst + 2,72.

## Mussolini-Worte

abgelauscht von Emil Ludwig.

Vom Fatum reden die Staatsmänner immer nur, wenn sie etwas falsch gemacht haben.

Ich suche niemals ein Alibi.

Vor einer neuen Person, die eintritt, frage ich mich nicht zuerst, was kann sie mir nützen, sondern welchen Nutzen sucht sie bei mir.

Alle formellen Dummheiten, alle literarische Bureaukratie habe ich am ersten Tage abgeschafft.

Einfälle kommen mir am besten abends. Gegen Mitternacht. Wann hat man denn aber Einfälle? Ein Mann in meiner Lage muß vielmehr mindestens einmal in der Woche dumm sein — oder sich doch stellen, als wäre er's. An solchen Tagen erfahre ich viele Dinge. Inspiration? Die hat man günstigenfalls zweimal im Jahre.

Die Masse ist nichts für mich als eine herde Schafe, solange sie nicht organisiert ist. Ich bin keineswegs gegen sie. Ich negiere nur, daß sie sich selbst regieren kann.

Die Frau hat passiv zu sein! Sie ist analytisch, nicht synthetisch. Meine Idee von ihrer Rolle im Staate steht jedem Feminismus entgegen. In unserem Staate darf sie nicht zählen.

Ich habe mich überzeugt, daß der Tat das Prinzip zukommt. Sogar wenn sie verfehlt ist. Das Negative, das Ewig-Unbewegte ist der Fluch.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 10. August.

### Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

### Tatsachen und Gerüchte...

Die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet eine Meldung, wonach das Disziplinarverfahren gegen Dr. Bernhard Sliwinski damit abgeschlossen wurde, daß auf Grund des Urteils der Bromberger Stadtpräsident anfangsmeiste pensioniert wird. Wie die polnische Presse dazu erfährt, soll der Angeklagte des Innenministeriums die Entlassung des Stadtpräsidenten gefordert haben, ohne ihm das Recht auf eine Pension zuzubilligen. Dieser Antrag wurde von dem Gericht, das sich aus den Herren Dr. Macko aus Posen, dem Stadtpräsidenten Barciawski aus Gnesen und dem Starosten Dr. Jerzyowski aus Kolmar zusammensetzte, abgelehnt.

Die Tatsache der Amtsenthebung des Stadtpräsidenten und die kürzlich erfolgte Richtbestätigung, der gewählten Stadträte gibt zu den verschiedensten Gerüchten Anlaß, die augenblicklich in der Stadt kursieren. In manchen Kreisen will man wissen, daß sowohl der Magistrat wie die Stadtverordneten-Versammlung aufgelöst werden würden, und daß von Amts wegen kommissarische Stadtpräsidenten und Magistratsmitglieder ernannt werden sollen. Der "Dziennik Bydgoski" weiß z. B. in einer gestrigen Ausgabe zu berichten, daß die Ernennung des bisherigen Starosten von Wirsitz, Dr. Wunek, zum kommissarischen Stadtpräsidenten von Bromberg bevorstehe. Dr. Wunek stand früher der Nationalen Arbeiter-Partei nahe, ist jetzt aber aktives Mitglied des Regierungsbuchs. Der der Regierung nahestehende "Dziennik Bydgoski" verkündet, daß die Nachrichten sowohl von der Amtsenthebung des Stadtpräsidenten wie von der bevorstehenden Ernennung eines kommissarischen Stadtoberhauptes große Befriedigung hervorgerufen hätten. Soweit uns die Einstellung der polnischen Bevölkerung bekannt ist, möchten wir diese Behauptung mit einem großen Fragezeichen versehen.

Was den deutschen Teil der Bromberger Bürgerschaft betrifft, so kann gesagt werden, daß wir in Ruhe die weitere Entwicklung abwarten, die, wie es heißt, weniger von hierigen als von auswärtigen Faktoren abhängen wird. Augenblicklich warben Tatsachen und Gerüchte noch allzu laut durcheinander. Wie die verwaltungstechnische Entwicklung sich auch immer gestalten wird — wir haben nur zu wünschen, daß sie der Stadt keinen weiteren Abstieg bringt.

Die staatliche Wasserbau-Inspektion macht darauf aufmerksam, daß mit Rücksicht auf die im Innenhafen von Brahemünde am 14. und 15. August stattfindende Allpolnische Regatta der Dampfer-, Boot- und Trossenverkehr aus Gründen der öffentlichen Sicherheit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends gesperrt wird.

Die Bromberger Zigarrenfabrik wird geschlossen. Mit nicht unbedeutlichem Kostenaufwand wurde vor einiger Zeit die Bromberger Zigarrenfabrik ausgebaut und technisch hervorragend ausgestattet. Nunmehr kommt aus Warschau die Meldung, daß die Direktion des staatlichen Tabakmonopols beschlossen habe, infolge Mangels an Rasträgen die Bromberger Zigarrenfabrik zu schließen und für einige Tage den Betrieb in den schlesischen Zigarrenfabriken stillzulegen. In merkwürdigem Gegensatz zu diesen sogenannten Sparmaßnahmen steht die Meldung, wonach in Zyrardów (Kongresspolen) eine neue Fabrik erbaut wird.

Größere Fluggeschwindigkeit der Verkehrsflugzeuge? Das Departement für Zivilflussschiffahrt am Verkehrsministerium beschäftigt sich augenblicklich mit der Frage einer Vergrößerung der Fluggeschwindigkeit auf den polnischen Fluglinien. Und zwar gedenkt man nach ausländischem Vorbild Flugzeuge mit einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von 300 km. in den Verkehr zu bringen. Allerdings sind dazu Maschinen von besonderer Konstruktion und Stärke erforderlich. Der Bau solcher Flugzeuge, die ausschließlich im Lande hergestellt werden sollen, ist bereits beschlossene Sache. Mit Einführung dieser neuen Flugzeuge würde man die Strecke Warschau-Danzig und Warschau-Lemberg in einer Stunde zurücklegen. Allerdings wird diese Neuinführung voraussichtlich eine Verteuерung der Fahrkarten mit sich bringen.

Ein netter Schuster. Im hiesigen Steueramt erschien gestern ein älterer Herr in angehobtem Zustand und verlangte mit gröhrender Stimme Auskunft in einer Steuerangelegenheit. Da die in der Kasse anwegenden Beamten nichts mit der Sache zu tun hatten, vertrieb man ihn an die zuständige Stelle im 2. Stockwerk, worauf der Besucher in Wut geriet und mit einem Stock in dem gedrängt vollen Zimmer um sich zu schlagen begann. Er begab sich sodann ins angewiesene Bureau im 2. Stockwerk, wo er den Beamten bedrohte und dermaßen grob wurde, daß man die Polizei anrief, die ihn dann auch nach förmlichem Ringkampf im "grünen Wagen" ins Polizeigewahrsam brachte. Es handelt sich bei dem Radaulustigen um einen Schuhmacher aus Bartchin, der wohl bereits seinen Rausch ausgeschlagen und zu gesitteteren Manieren zurückgekehrt sein dürfte.

Ein Verkehrsunfall vor Gericht. Der 30jährige Chausseeführer Andreas Kubacki aus Schubin hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirkgerichts wegen unvorsichtigen Fahrens zu verantworten. Am 1. Februar d. J. steuerte der Angeklagte sein Lastauto in Schubin so nahe an den Bürgersteig heran, daß die 45jährige Frau Maria Laskiewicz vom Kotflügel erfaßt, auf den Fahrweg geschleudert und überfahren wurde. Der Frau wurde das rechte Bein mehrmals gebrochen, so daß es sofort amputiert werden mußte. In der Gerichtsverhandlung wurde von Augenzeugen ausgesagt, daß die L. infolge eigener Unvorsichtigkeit unter das schwere Lastauto geraten sei. Ein Verhältnis des Chausseeführers, der vorschriftsmäßig gefahren sei und Signale abgegeben habe, konnte nicht festgestellt werden, weshalb das Gericht k. freisprach.

Wieder ein Opfer der Arbeitsnot. Am letzten Sonntag beendete die ca. 28 Jahre alte unverheirathete arbeitslose Anna Wiosniowska, wohnhaft Ogród 13 in Kl. Bartelsee, durch Einnehmen von Salzsäure ihr Leben. Nachdem den Mitbewohnern des Hauses die Stille in ihrer Wohnung aufgefallen war, wurde die Polizei benachrichtigt und diese ließ die Tür öffnen. Die Lebendmüde wurde in ihrem Bett tot vorgefunden. Gestern schaffte man die Leiche nach der Halle des städtischen Friedhofs, woselbst die Sektion vorgenommen wurde, welche dann auch die oben angegebene Todesursache ergab. Aus den Äußerungen der Unglüdlichen zu ihren Nachbarn kurz vor der traurigen Tat ist zu entnehmen, daß Nahrungsorgeln sie hierzu veranlaßt haben.

Einen Dummen-Jungenstreich leistete sich ein 16jähriger Knabe aus Jasrzembie, Kreis Bromberg. Er hüpfte auf dem Felde die Kühe und verfiel auf den Gedanken, der in der Nähe vorüberfahrenden Kleinbahn einen kleinen Schabrack zu spielen. Zu diesem Zwecke bejogte er sich zwei größere Nägel und befestigte diese zwischen den Schienen. Boller Neugier beobachtete er nun, was eigentlich geschehen werde. Er brauchte nicht lange zu warten, da näherte sich prustend und dampfend die Bahn. Der Lokomotivführer hatte jedoch noch rechtzeitig bemerkt, daß an den Schienen etwas nicht ganz in Ordnung war, und da er nicht mit D-Zuggeschwindigkeit fuhr, gelang es ihm schnell, den Zug anzuhalten. Fluchend kletterte er von seiner Maschine, entfernte das Hindernis und dampfte dann schimpfend weiter. Der "Täter" aber wurde von der Polizei ermittelt und gab, wobei die Hand des strengen Vaters eine gewichtige Rolle gespielt haben soll, den dummen Streich, den er sich geleistet hatte, zu. Vor Gericht jedoch wollte er sich an nichts mehr erinnern. Dem Vater habe er nur deshalb gestanden, weil er sich vor weiteren Schlägen fürchtete. Willi versuchte sein Heil mit Ansreden, als ginge es um Kopf und Kragen. Der Richter ermahnte ihn, lieber die Wahrheit zu gestehen, da dies für ihn viel vorteilhafter sei. Schließlich legte er ein Geständnis ab, und Richter und Publikum sind zufrieden und atmen lächeln auf. Der junge Mann wird nach diesem Geständnis vom Gericht freigesprochen, erhält aber eine strenge Mahnung mit auf den Weg, in Zukunft solche Dummheiten lieber zu unterlassen.

Warnung vor einem Betrüger. Ein gewisser Franz Slapa, der sich Dr. Franz Slapa nennt, versucht hier in Bromberg durch Vorstiegelung falscher Tatsachen vornehmlich Angehörige deutscher Kreise um größere oder kleinere Geldbeträge zu pressen. Er ist nach seinem Pass, den er im Laufe der Unterhaltung neben einigen stark abgegriffenen Briefumschlägen mit seiner Adresse vorweist, polnischer Staatsbürger und in Madrid ansässig. Er hat aber auch, wie er gleichfalls durch einen Abschnitt der neuen Meldeformulare zu erkennen sucht, im Jahre 1931 in Posen gewohnt. Er ist bereits im Jahre 1930 in Bromberg aufgetaucht und wir haben damals bereits vor ihm gewarnt. Im Frühjahr d. Js. hat er es sogar fertig gebracht, an der Posener Universität einen Vortrag über die Aufstände in Spanien zu halten. Er nennt sich jetzt Journalist, weil sein angeblich in Wien erworbenes juristisches Doktordiplom hier in Polen ohne besondere Nostrifikationsprüfung nicht anerkannt wird und ihm somit die Möglichkeit genommen ist, in seinem eigentlichen Berufe tätig zu sein. Er ist außerordentlich nervös, spricht ein fehlerhaftes Deutsch mit stark polnischem Akzent und schimpft, wenn er zu Deutschen kommt, auf den polnischen Staat, der ihm, obwohl er die polnische Sprache gut erlernt habe, bezüglich seines Fortkommens unüberwindliche Schwierigkeiten mache. Er sucht das Mitteld der von ihm Besuchten dadurch zu erregen, daß er von einem Unglück spricht, das ihn auf seiner längeren Reise gerade in Bromberg betroffen habe, so daß er jetzt ohne Mittel sei. Er bittet gewöhnlich nur um das Reisegeld bis Posen, da er sich von dort weiter helfen könne und auch das Geld zurückzahlen werde. In Wirklichkeit ist dieser Dr. Franz Slapa ein Betrüger größerer Formats, dessen ganzes Studium in der Absolvierung der 3. Gymnasialklasse besteht, der also weder studiert noch den Doktorgrad irgendwo erworben hat.

Befreiter Diebstahl. Die Arbeiter, der 19jährige Witold Dabrowski und der 28jährige Jan Rakowski, beide von hier, hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirkgerichts wegen Diebstahls zu verantworten. Beide Angeklagte, die mit leeren Flaschen handelten, stahlen aus dem Keller des Dr. Bader 48 Flaschen, die jedoch nicht leer, sondern mit Obstwein gefüllt waren. Den Diebstahl führten sie durch gewalttames Abbrechen des Vorhangeschlosses aus. Die Angeklagten, die sich zu dem Diebstahl bekannten und den Wein restlos ausgetrunken haben, wurden vom Gericht zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Der 37jährige Arbeiter Wladyslaw Tysiaczyk und der 39jährige Kesselschmied Ignaz Laniewski aus Bielin, hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirkgerichts gleichfalls wegen Diebstahls zu verantworten. Am 8. Januar d. J. stahlen sie aus dem Stalle des Landwirts Czeslaw Wa-

chowia k ein zwei Zentner schweres Schwein, das sie gleich an Ort und Stelle abschlachteten. Die Angeklagten wollen den Diebstahl aus Not begangen haben. Das Gericht verurteilte sie zu je drei Monaten Gefängnis mit dreijährigem Straffschub.

Der heutige Wochenmarkt brachte außerordentlich starken Verkehr. Angebot und Nachfrage hielten einander die Waage. Für Butter forderte man zwischen 10 und 11 Uhr 1,40—1,50, für Eier 1,20, Wurstkäse 0,25—0,30, Tilsiterkäse 1,70—1,90. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Weißkohl 0,08, Blumenkohl 0,20—0,30, Kohlrabi 0,20, Mohrrüben 0,05, Tomaten 0,60, Bohnen 0,10—0,15, Schoten 0,30, Rote Rüben 0,10, Radieschen 0,05, Zwiebeln 0,15, Blaubeeren 0,45, Johannisbeeren 0,25, Stachelbeeren 0,40, Kirschen 0,15—0,20, Preiselbeeren 0,35, Apfel 0,30—0,40, Birnen 0,30—0,50, Gurken 0,05, Pilze 0,25. Der Fleischmarkt lieferte Hühner zu 1,80—2,00, Enten 3,00—4,00, Gänse 5,00—6,00, Tauben 0,70—0,80. Auf dem Fleischmarkt zahlte man für Schweinefleisch 0,80—1,10, Rindfleisch 0,50—0,90, Kalbfleisch 0,50—0,80, Hammelfleisch 0,60—0,80. Der Fischmarkt lieferte Lale zu 1,50, Hechte 0,80—1,20, Schleie 0,80—1,20, Plaće 3 Pfund 1,00, Bressen 0,60—1,00, Welse 0,50—0,80, Karauschen 0,60—1,00, Krebse 1,00—2,50.

In Iwwroclaw, 9. August. Unterbetene Gäste statteten dem Gutsbesitzer Czyleben in Skalmierowice bei Iwwroclaw in der Nacht zum Sonntag einen Besuch ab. Sie stiegen durch ein Fenster in die Wohnung und versuchten den dort befindlichen Geldschrank aufzubrechen. Da es ihnen nicht gelang, die Türen zu öffnen, schnitten sie mit Spezialwerkzeugen ein Loch in die Seitenwand, entwendeten ca. 1000 Zloty und verschwanden damit im Dunkel der Nacht. — Im Dorf Ryszkowo brach aus bisher unermittelbarer Ursache auf dem Gehöft des Landwirts Nikolaus Czakel ein Feuer aus, durch welches das Wohnhaus vollständig vernichtet wurde. Der Schaden beträgt ca. 6000 Zloty. — Am Freitag ereignete sich in Montwy ein trauriger Unglücksfall. Das 3-jährige Säugchen des Bahnarbeiters Zenon Burzynski spielte am Rande der Neße, als es plötzlich hineinfiel und ertrank.

## Erdal in allen Farben

ph Schulz (Solec), 9. August. Der heutige Wochenmarkt war reichlich besucht und gut besucht. Butter kostete 1,40—1,60, Eier 1,10—1,30. — In der vergangenen Woche wurden hier verschiedene Einbrüche verübt. Bei der Frau Fleischermeister Gudell öffneten Diebe mittels Nachschlüssels die Haustür und stahlen ca. 50 Zloty. Zum Glück wurden die Einbrecher bei ihrer Arbeit gestört. Ohne größeren Schaden angerichtet zu haben, entkamen sie unerkannt. — In derselben Nacht wurde bei dem Schlossermeister Duwe eingebrochen; auch hier öffneten die Diebe sämtliche Mäuse, wurden aber verschreckt und flohen ohne Beute. — Bei dem Kirchenkassen-Rendanten Vogel wurde ebenfalls ein Einbruch versucht. — In der Färberei Grünsee (Gesetzerei) entwendeten Diebe drei wertvolle Gewehre im Werte von über 1000 Zloty sowie Wäsche. — Bei dem Weberei Rakowski in Oterau (Otterow) wurden 14 Hühner gestohlen.

In Posen (Poznań), 8. August. Eine zweimalige Senkung des Brotpreises im Laufe einer Woche um je einen Groschen für das Pfund ist hier erfolgt; ein Dreipfundbrot kostet seit heut nur noch 54 Groschen. — In der fr. Paulskirchstraße wurde ein Ignaz Ilmer von einem unbekannt entkommenen Radfahrer überfahren und so schwer verletzt, daß er einem Krankenhaus zugeführt werden mußte. — Auf einem fahrenden Eisenbahnhzug wurden in der Nähe der über die Cybina führenden Eisenbahnbrücke von unbekannten Tätern Steine geworfen, durch die mehrere Scheiben zertrümmert wurden. Verletzt wurde niemand. — An der Ecke der fr. Karl- und Hohenlohstraße erfolgte zwischen einem Lastkraftwagen der Fliegerstation und einem Buge der Straßenbahn ein so heftiger Zusammenstoß, daß die beiden Straßenbahnen aus dem Gleise geschleudert wurden, während der Lastkraftwagen nicht unerheblich beschädigt wurde. Die Insassen der Straßenbahn blieben auffälligerweise unverletzt. — In dem Kurwarengeschäft von Julian Schneider am Alten Markt 49 richtete ein durch Kurzschluß entstandenes Feuer nicht unbedeutlichen Schaden an, bevor es von der Feuerwehr gelöscht wurde. — Zwischen Andreas Garstecki und Franz Otto aus Junikowo bestand schon seit langer Zeit grimmige Feindschaft, die bei ihrem gestrigen Zusammentreffen in einer wütenden Prügelei erneuerten Ausdruck fand. Garstecki gab schließlich auf seinen Gegner einen Revolverschuß ab, der ihn an der linken Brust lebensgefährlich verletzte. Otto mußte ins Krankenhaus geschafft werden. — Vor der verstärkten Strafkammer hatte sich der Agent Jan Podwojski wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten. Besserer Fortkommen halber hatte er sich, obwohl er nicht einmal Soldat gewesen war, nach dem berühmten Muster des "Hauptmanns von Köpenick" zum Hauptmann befördert und hatte mit selbstangesetzten Personalaufläufen sehr ergebige Schwierigkeiten verübt, bis ihn sein Schicksal in dem benachbarten Dorfe Schleben ereilte. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 1½ Jahren Gefängnis. — Bei einem im Herbst 1928 in die Wohnung des Musikers Josef Sobierajski, Habsburgerstraße 4, verübten Einbruchsdiebstahl wurden Musikinstrumente und Kleidungsstücke im Gesamtwerte von 2000 Zloty gestohlen. Die Strafkammer verurteilte die wiederholt vorbestrafte Franz Bartoszak und Bronislaw Posterczemak zu zwei Jahren bzw. sechs Monaten Gefängnis, während ein dritter Angeklagter von den beiden Verurteilten entlastet und daraus hin vom Gericht freigesprochen wurde.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Stöse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hocke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Dietmann & Co. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 182

Mitten aus einem arbeitsreichen Leben entriß uns heute früh der Tod meinen lieben Mann, unsern unvergesslichen Vater, Schwieger-vater und Großvater

# Carl Giese

Dieses zeigen in tiefem Schmerz an:

Clara Giese geb. Voethelt,  
Margot Fischer v. Mollard  
geb. Giese,  
Eduard Fischer v. Mollard,  
Gerda Sauer geb. Giese,  
Adolf Sauer  
und 1 Enkelkind.

Poznań, ul. Śniadeckich 4.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 12. August, nachmittags 1/6 Uhr, von der Kapelle des Christuskirchhofes in Lazarus aus statt.  
6597  
Bon Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

## Pergamentpapier und Glashaut



für Einmachgläser

A. DITTMANN T.Z.O.P.

**SKF**  
**Kugellager**  
Neumann & Knitter  
Starý Rynek. 5125 Telefon 141.

Waffe ohne Polizeigenehmigung!



"Sell" für Browning zl 1.45, 100 Stck. zl 2.70.  
Versandkosten trägt der Käufer.  
Adr.: Zakłady Mechaniczne Kuerman. Warszawa 1, skrzynka pocztowa 97, oddział 37.

**Hebamme**  
erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zu-  
gesichert. 2982  
Daniel, Dworcowa 66.

Bydgoszcz, Tel. 18-01

**Dr. v. Behrens**  
bearbeitet allerlei Verträge, Testamente, Erbschaften, Ausflassungen, Hypothekenlöschung, Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 5 beim Schlachthaus.

**Teppiche Gardinen Läufer Möbelstoffe**  
empfiehlt zu billigsten Preisen

**"Dekora"**  
Gdańska 10/165  
1. Etage.  
Telefon 226. 6312

Besonderer Beachtung empfiehlt meine

**Spez.-Nähwerkstatt**  
für stilvolle Gardinen und Stores.

**Möbelleder**  
Gobelins, Plüsch, Eryk Dietrich, Bydgoszcz, Dworcowa 73, Tel. 782

Berfeste Schneiderin, auch für Anabengard, empfiehlt sehr billig. Wissenswert, 3090 Chrobrego 15, W. 20.

**10000 zl**

als 1. Hypoth. auf 100 Morg. große Landwirtschaftsfl. gelüft. Off. u. 2.061 an d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**8000 zl**

1. Hypoth. a. m. Hausgrundst. gel. Ja hresm. 5200 zl. Off. unt. J. 6571 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Roch-**

**Lehrfräulein**

lucht Hotel Gelhorn.

## Stellengesuche

Deutschlath. Lehrer mit mehrjähr. Praxis, im Besitz der Unterrichtserlaubnis, in öst ab 1. 9. 32

**Hauslehrer-Stelle.**

Offerten unter M. 6490 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Inspektor**

27 Jahre alt, led., evgl., energ., ehrlich, zuverlässig, der poln. Spr. mächtig u. von Jugend an im Fach, sucht für bald od. später Stellung, evtl. a. als Forst- oder Jagdschäfbeamter. Gute u. langjähr. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Gef. Offerten unter B. 6545 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Landwirtsbahn,**

engl., der die Landw.-Schule bei, hat u. auch a. ein. Gute als Elève 1/2. J. tätig war, sucht zu sein, weiter, Berufswissens-vaßende Stellung. Gef. Offerten unter L. 3044 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Buchhalter**

und

**Korrespondent**

in ungekündigter Stellung, firm in der Kaufmännisch. Buchführq., guter, deutsch-polnisch.

Korrespondent, sucht Stellung

i. Handel od. Industrie, Offert. unt. M. 3045 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Brennerei-**

**verwalter**

led., gewandter Rechnungsfl., vertraut mit Elektriz. u. Trocknung, sucht Stellung

von sofort oder später.

Offerten unter B. 6524 a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Öffene Stellen**

**Züchtigen**

**Stoff-Provisions-**

**Vertretern**

die bei der Privatfundi- schaft gut eingeführt sind, biete ich trog der Wirtschaftskrise auch heute noch große Ver- dienst-Chancen durch

meine verlaufswirksame, in Qualität und

Preisen der Zeitkette angepaßte Kollektion. 6591

Offert. unter "Guter Verdienst" an "P.A.R.", Katowice, Poprzecza 8.

Energischer

**Erpedient Müller**

für den Molkereibetr.,

d. auch Aufkontrolle,

ausgeführt hat, zum

1. 9. gefücht. Schriftl.

Angebot mit Gehalts- forderung, bei freier

Station, Zeugnisauf- schrift, u. Lebenslauf an

Dworz Szwarczki, Jactowskiego 26/28. 6590

Gesucht zum 15. 8. 32

**Molkereilehrling**

nicht unter 16 Jahren.

G. Drabein, Rogalin, p. Tafizzebiec, powiat Sepólno. 6567

Evangelische

**Hauslehrerin**

mit Lehrerlaubnis, für

2 Knaben im 4. u. 5.

Schuljahr, zum 1. 9. 32

befehl. Auftritts- führung, Bewerbung

gefücht. Gehaltsan- spruch. an

M. Goerke, Kruszwica, bei Jabłonowo. 6586

Suchen zum 15. August

**perfekte Rödlin**

erfah. in all. Zweigen

eines Schloßhaushalts,

ferner 2 Außenmäd- chen und ein Stuben-

mädchen. Offert. sind

zu richten an: 6564

Kontakt: Ottometro

pov. Chełmno Pom.

Suche zum 1. 9. 1932

evil. etwas später ein

evangelisches, tüchtiges

**Märtschäf-**

**fräulein**

Verlangt wird Kochen,

Baden, Platten und

etwas Nähen, auch Lust

und Liebe für die Ge- fügelzucht. Zeugnisauf- schriften einsenden an

Frau Emma Steffen, Malinowo, pocz. Czew. 6568

Engegelnisches, besseres

**Mädchen**

mit guter Empfehlung

und Koch- und Näh-

fertigkeiten zum 1. Okt.

berufen. Zweit. zweites

oder Alleinmädchen. Gute

Zeugnisse vorhanden.

Schriftlich. Angebot an

Frau Bonus, Pelpin.

Suche vom 15.

August oder

1. Septbr. Stellung als

Stubenmädchen oder

Alleinmädchen. Gute

Zeugnisse vorhanden.

Gef. 3. 6571 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**sucht Posten**

als Hauslehrerin

extl. im Büro. Gef.

Offerten unter B. 6501

a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Fässer**

Suche 25, 50 u. 100 Ltr. fassend,

kauft

Fermenta Weinessig-

Fabrik

Inh.: Antoni Piliński, Bydgoszcz. 6573

a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Röste**

Suche 100-250 Mrg.

große Wirtschaft

zu bald oder später zu

pachten.

Bedingung: gegen

sofortige Kasse

Felix Behrend, Danzig

Elisabethwall 9.

Telefon 229/405. 6574

a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Wirtshof**

zu bald oder später zu

pachten.

Bedingung: gegen

sofortige Kasse

Felix Behrend, Danzig

Elisabethwall 9.

Telefon 229/405. 6575

a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Bäckerei**

zu bald oder später zu

pachten.

Bedingung: gegen

sofortige Kasse

Felix Behrend, Danzig

Elisabethwall 9.

Telefon 229/405. 6576

a.d. Gesch. d. Zeitg. erb.

**Bäckerei**

zu bald oder später zu

pachten.

Bromberg, Donnerstag den 11. August 1932.

## Pommerellen.

10. August.

## Graudenz (Grudziądz).

## Gespenster am helllichten Tage

Im "Goniec Nadwiślański" und "Dzień Grudziądzki" lesen wir folgende gleichlautende Notiz: "Freche Gäste. Gestern trafen hier mit Autobussen einige zehn Personen deutscher Nationalität ein, um das hiesige deutsche Gymnasium zu besuchen. Diese Gäste stießen lange Rufe „Heil Hitler!" aus und benahmen sich herausfordernd gegenüber den Polen."

Vorstehende Mitteilung stellt geradezu ein Schulbeispiel dafür dar, mit welcher Leichterzigkeit gänzlich Tatsachen widersprechende Behauptungen aufgestellt werden, lediglich zu dem Zwecke, um den so gehaften Deutschen etwas Böses anhängen zu können. In Wahrheit stellt sich die Sache nämlich so dar: Die "Personen deutscher Nationalität" waren auswärtige Turner, die, wie mitgeteilt, Sonntag früh nach Graudenz gekommen waren, um hier für das nächste Kreisturnfest der deutschen Turnerschaft in Polen turnerische Vorbereitungen zu treffen. Es handelte sich also keinesfalls um den Besuch des deutschen Gymnasiums. Bei ihrem Eintreffen wurden die Gäste von den Graudenser Turnern des Sportklubs S. C. G. nach altgewohntem Brauche mit dem Turnergruß „Gut Heil!" begrüßt. Das wurde nun von allzu hellhörigen, in der Nähe wohnenden Polen für „Heil Hitler!" gehalten und dann von jemandem schmunzlig an die Presse weitergegeben. Auch der Polizei machte man von dem „greulichen Staatsverbrechen“ Anzeige. Von einem provozierenden Verhalten gegenüber den Polen (welchen übrigens?) ist nicht im geringsten die Rede. Die ganze Geschichte stellt lediglich ein komisches Phantasseigebilde von unter dem Eindruck der Hitlerpsychose stehenden Leuten dar.

X Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 1. bis zum 6. August d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung 22 eheliche Geburten (8 Knaben, 14 Mädchen), darunter ein Zwillingspaar, sowie drei uneheliche Geburten (sämtlich Knaben); ferner 9 Eheschließungen und 12 Todessfälle, darunter 6 Kinder im Alter bis zu 1 Jahr (4 Knaben, 2 Mädchen).

X Versuchte sonderbare Druckereigründung. Polizeifunktionäre fanden in einem Keller des Hauses Getreidemarkt (Plac 23 Szczecina) Buchdruckerei-Material, das, wie sich herausstellte, Eigentum eines Herrn Lewandowski ist. Es gelang auch gleich, diejenigen zu ermitteln, die sich die Sachen unberechtigt zugeeignet hatten. Es waren das Włodzimierz Cyminski, Franciszek Wasilowicz und Mrożowski. Zur Rede gestellt, erklärte das struppelige Kleebatt, daß sie auf diese „moderne“ Weise in den Besitz einer Offizin gelangen wollten, um mit dem hiesigen Wochenblatt "Pravda w Oczach" in Wettbewerb zu treten.

X Ins Krankenhaus gebracht werden mußte am Sonntag aus dem Stadtpark eine dort auf dem Spaziergang befindliche Verkäuferin. Aus irgend einem Anlaß war sie nämlich von ihrem Bräutigam mehrmals mit einem Stock auf den Rücken geschlagen worden, was für die in anderen Umständen befindliche Verkäuferin erhebliche körperliche Schädigungen im Gefolge hatte.

X Einbrüche und Diebstähle gehören in der jetzigen abnormalen Zeit zum Alltäglichen. Die polizeiliche Chronik der beiden letzten Tage führt u. a. folgende Fälle auf: Bei Paul Mischmann, Kl. Mühlstraße (M. Myska) 5, sind vom Boden fünf Stühle und ein Nachttischchen im Gesamtwert von 100 Złoty, bei Anna Muzyl, Piaststraße (M. Myska) Nr. 60, ein größeres Quantum Speck, bei Bronislaw Srodiński, Bahnhofstraße (Dworcowa) 15, eine bedeutende Menge Gemüse, bei Henryk Sochaczewski, Pohlmannstraße (Mickiewicza) 33, Wäsche im Wert von 260 Złoty entwendet worden. Eduard Liedtke hat man in der Oberthornerstraße (3 Maja) sein Fahrrad, Emma Fischer auf dem letzten Wochenmarkt (in der Marienwerderstraße - Wybickiego) aus der Handtasche ihr Portemonnaie mit Inhalt gestohlen.

X Zur Festnahme des Kauktionsswindlers Mośkowski ist noch zu berichten: Nachdem am Montag früh M. durch einen Beamten der Kriminalpolizei arretiert worden war, setzte sich zwecks Eingeholung sachdienlicher Informationen ein Kriminalbeamter für eine Weile in das "Bureau" des Verhafteten. Da erschienen dann im Laufe von nur einer halben Stunde 6-8 Personen, die gegen Stellung einer größeren oder kleineren pell-melligen Bürgschaft bereit waren, sich als Einkassierer engagieren zu lassen. Nachdem die Leute über die Wendung des Schicksals des edlen Menschenfreundes M. Aufklärung erhalten hatten und somit davor bewahrt geblieben waren, dem Gauner ebenfalls wie so viele andere ihre sauer erworbenen Groschen zu übergeben und sie ebenso zu verlieren, gaben sie ihrer Freude lebhaftesten Ausdruck. Man ersicht eben hieraus, wie leichtgläubig heute, zumal unter dem Druck des Stellenmangels, manche Unerfahrenen von gewissenlosen Mitmenschen sich umgarnen und betrügen lassen.

X Festgenommen wurde Edmund Wojnowski, der aus der Besserungsanstalt in Konitz entflohen ist.

## Thorn (Toruń).

+ Der Wasserstand der Weichsel nahm in den letzten 24 Stunden wiederum um 6 Zentimeter zu und betrug Dienstag früh 0,41 Meter über Normal. Die Wassertemperatur betrug 18 Grad Celsius. — Gegenüber ist Dampfer "Barnečnyj" aus Warschau. Es fuhren ab Dampfer "Jagiello" nach Warschau und Motorschlepper "Lubecki" mit zwei mit Melasse und Gütern beladenen Kahn nach Danzig. Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig passierte Dampfer "Francja", in umgekehrter Richtung Dampfer "Halka". Auf der Fahrt Warschau-Danzig passierte Dampfer "Witeź", in umgekehrter Richtung Dampfer "Pospieszny".

+ Das Pommerellische Schulratorium wird mit dem 31. d. Mts. aufgelöst. Es amtiert in normaler Weise nur noch bis zum 20. August und wird sodann bis zum Monat-

ende noch die Abwicklungsarbeiten erledigen. Vom 1. September ab übernimmt das Posener Schulratorium alle Angelegenheiten des bisherigen Pommerellischen Kuratoriums, so daß Interessenten aus Pommerellen sich ausschließlich nach Posen zu wenden haben. — Der bisherige Pommerellische Schulrator, Dr. Michał Pollak, hat bereits seine Tätigkeit beim Posener Kuratorium aufgenommen.

t. Öffentliche Ausschreibung. Die Drainage-Genossenschaft Warszewice-Brachnowo hiesigen Kreises hat die Vergabe von Drainagearbeiten auf etwa 30 Hektar Land öffentlich ausgeschrieben. Kostenanschlagsformulare sind im Meliorationsbureau der Pommerellischen Landwirtschaftskammer (Pomorska Izba Rolnicza) in Thorn Schulstraße (ul. Sienkiewicza) 10, erhältlich. Die schriftlichen Offerten sind bis zum 15. August zu Händen des Vorstandes S. Schedlin-Czarliński, Brachnowo, p. Chelmza, pow. Toruń, einzureichen.

+ Auf dem Dienstag-Wochenmarkt wurden für die Hauptartikel folgende Preise gefordert: Eier 1,20-1,40, Butter 1,40-1,60, junge Hühnchen das Paar 2,00-3,00, gelbe Bohnen 0,10-0,15, grüne Bohnen 0,08, Weiß-, Rot- und Wirsingkohl der Kopf 0,10-0,30, Blumenkohl der Kopf 0,10 bis 0,50, Kohlrabi das Bund 0,10, Tomaten 0,35-0,60, Gurken pro Mandel 0,25-0,50, Äpfel 0,20-0,40, Birnen desgleichen, Kirschen 0,30-0,40, Johannisbeeren 0,20 usw. Der Markt war gut besucht.

t. Die Festnahme eines Betrügers, der eine Anzahl von Kaufleuten in Thorn und an anderen Orten geschädigt hat, gelang der hiesigen Polizei. Der Verhaftete, der 28 Jahre alte Ludwik Kamiński aus Milawo, Kreis Mogilno, pflegte in den Geschäften verschiedene Waren zu bestellen und sich diese an eine verabredete Stelle zuschicken zu lassen. Den Überbringer sandte er sodann in irgend ein Restaurant, wo ihm das Geld ausgezahlt werden sollte. Hier mußte man natürlich von nichts, und wenn die Boten zurückkamen, war der „Käufer“ mit der Ware bereits über alle Berge. Die Kriminalpolizei bittet alle Geschädigten, sich schriftlich oder mündlich im Bureau Wallstraße (ul. Waly) 10 zu melden.

t. Diebstahlschronik. In der Lindenstraße (ul. Kościuszki) Nr. 85 nahm ein nächtlicher Dieb ein offenstehendes Fenster wahr, durch das er in die Wohnung der Helena Grzankówna einstieg. Er erbuntete ein Federbett, einen Wintermantel und ein Kleid und zum Schaden der Untermieterin Majewska zwei Kleider.

+ Der Polizeibericht verzeichnet je einen Einbruchs- und gewöhnlichen Diebstahl, einen Restaurationsbetrag, je einen Fall von Bedrohung und Körperverletzung und fünf Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften. — Wegen verübten Einbruchsdiebstahls wurden zwei Personen verhaftet und der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht übergeben. Je eine Person wurde wegen Unterschlupf und Kleindiebstahls festgenommen.

t. Podgorz (Podgórz) bei Thorn, 9. August. Das hiesige Standesamt registrierte im Juli: 19 Geburten (9 Knaben und 10 Mädchen), 3 uneheliche Geburten (1 Knabe und 2 Mädchen) und 10 Todessfälle (4 männliche und 6 weibliche Personen), darunter vier Kinder im ersten Lebensjahr. In demselben Zeitraum wurden zwei Eheschließungen vollzogen. — Auf dem Montag-Wochenmarkt kosteten Butter 1,50-1,60, Eier 1,20-1,40, Gurken pro Mandel 0,20-0,50, neue Kartoffeln der Bentner 3,50 bis 4,00; junge Hühnchen 1,00-1,50 pro Paar, Enten 2,00 bis 2,50, Gänse 3,00-4,00.

## Neue Verhaftungen wegen Brandstiftungen.

Dem Kleinbauern Stanisław Kobus in Kosobudy, Kreis Konitz, brannten am 11. Juli eine Scheune und ein Stall nebst zwei Wohnungen ab, wodurch ein Schaden von 2000 Złoty entstand. Die Versicherung bei der Pommerellischen Versicherungsgesellschaft in Thorn lautete auf 1390 Złoty. Im Laufe der Untersuchung stieß man auf Spuren, die auf vorsätzliche Brandstiftung zwecks Erlangung der Versicherungssumme seitens des K. schließen ließen, K. wurde dem Bezirksgericht in Konitz vorgeführt, das die Untersuchungshaft über ihn verhängte. Die Untersuchung wird noch fortgesetzt.

Am Abend des 28. Juli braunte die mit Getreide und landwirtschaftlichen Maschinen gefüllte Scheune von Damazy Janowsky und Anton Makowski in Janowo, Kreis Soldau, nieder. Der Schaden beträgt ungefähr 10 000 Złoty. Die Versicherungssumme bei zwei Gesellschaften 10 170 Złoty. Hier ergab die sofort eingeleitete Untersuchung Brandstiftung aus Mache. Ein Bruder des K. wurde verhaftet.

d. Gdingen (Gdynia), 9. August. Eine Großhandlung mit gefälschter Butter konnte von der hiesigen Polizei in einem Keller in der 10 Lutegostraße aufgedeckt werden. W. Stasiak, der hierher aus Łódź kam, kaufte in größeren Mengen Landbutter auf, die er dann unter Zugabe von verschiedenen Chemikalien „verarbeitete“ und in Verpackung hiesiger Molkereigeschäfte in den Handel brachte. Die chemische Untersuchung ergab, daß die Butter 58 Prozent Wasser enthielt. — Einem Unglücksfall zum Opfer fiel im Hafen die 50jährige Anna Zabłocka. Beim Aussteigen aus dem Dampfer machte sie einen Fehltritt und fiel zwischen den Dampfer und die Landungsbrücke, wobei sie lebensgefährlich verletzt wurde. — Eine blutige Schlägerei entstand in der Hafenstraße zwischen betrunkenen Arbeitern und Matrosen, wobei mit Messern und Schlagringen gekämpft wurde. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Zwei Passanten wurden von den Kämpfenden zum Glück nur leicht verletzt. — Im Polizeikommissariat befinden sich eine goldene Taihemühle, ein Photographicieapparat, Alten- und Handtaschen usw. die wahrscheinlich aus Diebstählen stammen. Die Geschädigten mögen sich bei der Polizei melden.

ch. Konitz (Chojnice), 9. August. Im See der Försterei Powalken hiesigen Kreises stand am Ufer ein Kuhhirt die Beiche einer weiblichen Person, die vollständig bekleidet war. Wie die Behörden festgestellt haben, handelt

es sich um die 19jährige Klara Niegierzwicka aus Konitz. Der Gerichtsarzt Dr. Piełowski stellte fest, daß wahrscheinlich Freitod oder Unglücksfall vorliegt.

h. Neumark (Nowe Miasto), 9. August. Die beiden drangen in Abbau Lorkowisch (Lakóz wyp.) in die Wohnung des Landwirts Malicki ein. Sie verlangten von M. Geld, das er tags zuvor durch die Post bekommen hatte. Doch diesmal war den Banditen das Glück nicht hold, denn der im Nebenzimmer durch das Geräusch aufgewachte Sohn feuerte einen Revolverschuß ab, der die Spitzbuben veranlaßte, alles liegen zu lassen und die Flucht zu ergreifen. — In Starlin wurde beim Bäcker Ewertowski eingebrochen. Der Dieb nahm eine Scheibe aus dem Küchenfenster heraus, drang dann durch die Kirche in den Laden ein und eignete sich 11 Brote an.

p. Neustadt (Wejherowo), 9. August. Das Standesamt meldet für die Zeit vom 16. bis 31. Juli: 24 Geburten (10 weibliche und 14 männliche), 18 Todessfälle und eine Eheschließung. — In der außergewöhnlichen Sitzung des Haushaltungs- und Grundbesitzervereins wurde über die Besteuerung der Wasser-, Wassermesser- und Wegeabgabe beraten. Aus dem Referat ging hervor, daß auf Grund des vom Verein eingelegten Protestes eine bedeutende Ermäßigung eingetreten ist; die Besteuerer jedoch hat eine Erhöhung bis zu 100 Prozent erfahren.

a. Schwedt (Swieto), 8. August. Auf dem hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 1.-31. Juli d. J. 32 Anmeldungen registriert und zwar 18 Geburten, 12 Todessfälle und 2 Eheschließungen. — Am 5. d. M. wurde in Ostrowite am Dorfsee der 30jährige Alfons Rosenaus aus Liano mit einer Schußwunde aufgefunden. Neben ihm lag ein Fahrrad und ein Revolver. Es wurden sofort Arzt und Geistlicher geholt. R. machte noch Angaben, daß das Leben für ihn keinen Zweck habe und er deshalb aus dem Leben scheiden wolle.

P. Landsburg (Liepzig), 9. August. Der am heutigen Dienstag hier stattgefundenen Vieh- und Pferdemarkt hatte einen Antrieb von 25 Stück Kühen und 30 Pferden aufzuweisen. Trotzdem der Markt einen zahlreichen Besuch von Kauflustigen zu verzeichnen hatte und ein lebhafter Handel herrschte, war man recht zurückhaltend. Kühe waren mit 150-200 Złoty und darüber erhältlich. Pferde brachten 160 bis 300 Złoty.

## Rundfunk-Programm.

Freitag, den 12. August.

Königsberg-Königsberg.

06.20: Frühkonzert. 12.00: Wetter. Anschl.: Alte Musik auf alten Instrumenten (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Jungmädchenstunde. Ein Ausschnitt aus einer Prüfung von Lehrlingen. 15.40: Jugendstunde. Praktisches Natur forschen. Wir ziehen Pflanzen in Naturlösung. 16.00: Sektor H. Doe: Wie die dänischen Rundfunkteilnehmer. Deutsch erlernen. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.30: Frauenstimme der germanischen Frühzeit (III). Gerda von Bremen: Frauen unter dem Schleier. 18.00: Charlotte Kaufmann: Das Tamburo, seine Ausdrucks möglichkeiten und Grenzen (I). 18.30: Volkswirtschaftsfunk: Bilanz des Kreisvertrags. 18.55: Wetter. 19.00: Von Wien: Salzburger Festspiele: "Oberon". Während der Pause (21.00): Von Berlin: Tagess- und Sportnachrichten (I). 22.35: Wetter, Nachrichten. Anschl.: Aus dem Blüthner-Saal der Stadthalle, Magdeburg: Abendunterhaltung. Rostocksorchester des Musiker-Verbandes, Magdeburg. Dir.: Siegfried Blumann. Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Berlin: Morgenkonzert. 08.15 ca.: Gymnastik für Hausfrauen. 09.10: Schulfunk für Volkschulen. 10.10: Schulfunk für höhere Schulen: Erlebnisstunden einer Klassengemeinschaft mit Hermann Schirr. 11.30 ca.: Von Hamburg: Blaskonzert. 13.05 ca.: Konzert (Schallplatten). 14.05: Konzert (Schallplatten). 16.00: Stunde der Frau. 16.30: Unterhaltungskonzert (Schallplatten). 17.30: Das Buch des Tages. 17.50: Das wird Sie interessieren! 18.10: Stunde der Musik. 18.30: Der schlesische Mykter Angelus Silesius. 19.00: Span. Abendmusik (Schallplatten). 19.30: Wetter. 20.00: Volkstümliches Konzert. 21.10: Jeder ist seines Glücks Schied. Weiteres Volksstück von Otto Böß. 23.10: Von Berlin: Abendunterhaltung.

Königsberg-Danzig. 06.30: Frühkonzert. 09.00: Englischer Schulfunk. 11.30: Konzert. 13.05: Mittagskonzert. 16.00: Frauenstunde. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.55: Die Insel der Phäenomen. 18.25: Bitter-Trio: Gebrüder, Kaiser, Loos. 19.00: Ostpreußische Forst- und Waldwirtschaft als Wirtschaftsfaktor. 19.25: Lieberlinde. Lotte Kubrit. Flügel: Richard Kursch. 19.55: Wetter. 20.00: Sommer 1932. 20.25: Neuere Musik. Orchester des Königsberger Opernhauses.

Warschau. 12.45 und 13.35-14.10: Schallplatten. 15.10: Schallplatten. 17.00: Mandolinekonzert. 19.00: Von Wien: Salzburger Festspiele: "Oberon". 22.50: Tanzmusik.

## Graudenz.

Polnisch erteilt routinierte Verbreitung mit Strafantrag. Meldungen zwischen 4-5 Uhr 278 Lipowa 92, Wohnung 1.

Dauerwellen, ohne Elektrizität. — Gefahrlos. Mehrjährige Erfahrung.

Wasserwellen in exakter Ausführung.

Salon A. Orlikowski, am Rynku 1, part. r.

Empfehlte Lastauto am Rynku 1, Tel. 781.

G. Narutowicza 23, 424

## Paßbilder

in 1/2 Stundelieferbar

nur bei 6406

Hans Dessenbeck,

Photograph

Józ. Wybickiego 9.

Bauerwellen

am Rynku 1, part. r.

Romantücher

werden verliehen 6521

Bracka 1, part. r.

Bert. bill. Möbel von 3

Zimm.: Büf., Kreidens

(Eiche), kompl. Schlafr.

Sofa, Chalet, Bücher-

ländr., Bettgest., mit

Matr., Wälcheländer,

Spieg., Kommod.u.dgl.

Tisch, Grobla 24, 3 Tr.

# Zur moralischen Ausrüstung.

## Bemerkenswerter Freispruch in einem Presse-Prozeß

Die polnische Regierung hat bekanntlich im September des Vorjahres sämtlichen Abordnungen des Völkerbundes in Genf durch Außenminister Baleski eine Denkschrift zugeben lassen, in der sie die „moralische Ausrüstung der Völker“ empfiehlt und vorschlägt, in die Straf-, Presse-, Vereins- und Schulgesetze der einzelnen Länder eine Bestimmung aufzunehmen, nach der jede Agitation gegen den Frieden unter strafrechtliche Verfolgung zu ziehen sei.

Das in Dirschau erscheinende „Pommerscher Tagesschall“ hatte sich — genau so wie wir und die übrige deutsche Presse in Polen — im Anschluß an obige Mitteilung erlaubt, ihrer Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß dieser vortreffliche polnische Vorschlag in den Verhältnissen des eigenen Landes so außerordentlich schwache Stützen fände und auf die Hebe gegen die nationalen Mindestrechte in Polen hingewiesen, die einer Agitation gegen den Frieden gleichkomme. Dass dieser Hinweis leider nur allzu berechtigt war, hat auch die am Sonntag, dem 17. Juli dieses Jahres in Dirschau abgehaltene Tagung der Polen aus Ermland, Masuren und dem ehemaligen Marienburger Abstimmungsgebiet bewiesen. Dort wurde ein Gelöbnis verlesen, in dem den Deutschen in Polen angedroht wird, an ihnen (an Gut und Leben!) zu vergelten, was angeblich den Polen im Auslande Unrecht getan wurde.

Der Herr Staatsanwalt in Dirschau erblickte in diesem Hinweis aber eine Verächtlungsmachung von Staatsseinrichtungen durch Wiedergabe wissentlich falscher oder verdrehter Nachrichten und leitete ein Strafverfahren gegen den Schriftleiter Eitel Werthe auf Grund des § 181 des Strafgeebuches ein. In der am 11. Dezember vorigen Jahres vor dem Dirschauer Burggericht durchgeföhrten Verhandlung erfolgte Freispruch; der Artikel überschreite nicht das Maß der erlaubten Kritik, auch komme eine Verächtlungsmachung von Staatsseinrichtungen nicht in Frage, heißt es in der Urteilsbegründung. Der Staatsanwalt gab sich jedoch mit diesem Urteil nicht zufrieden und meldete Appellation an.

Dieser Tage beschäftigte dieselbe Angelegenheit nun noch einmal das Starngericht der Bezirksgericht, das nach einer glänzenden durchgeföhrten Entkräftigung der Anklage durch den Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Slapa aus Konitz, den Darlegungen des Vertreters des Angeklagten folgte und das freisprechende Urteil des Dirschauer Burggerichts vom 11. Dezember 1921 bestätigte.

In der Begründung des Freispruchs führte der Vorsitzende der verstärkten Strafkammer des Bezirksgerichts, Herr Bezirksrichter Kindlarski, aus, daß eine strafbare Handlung nicht vorliege. Der § 181 des Strafgeebuches sei hier nicht anwendbar. Im übrigen schloß sich der Verhandlungsleiter der Urteilsbegründung des Dirschauer Burggerichts und den Ausführungen des Verteidigers an.

## Berlust-Bilanz des Weltkrieges und des polnisch-bolschewistischen Krieges.

Seit dem Ausbruch des Weltkrieges sind 18 Jahre vergangen. Die Kriegsfürrie hat Millionen von Menschenleben dahingerafft, viele Tausende zu Krüppeln gemacht und hunderttausende Familien zerstreut. In einer gründlichen Arbeit hat der polnische Oberst Dr. Kaminski eine „Statistik der Verluste während der letzten Kriege“ zusammengestellt, aus welcher der „Robotnik“ eine Reihe von Zahlen anführt, die eine Vorstellung von den ungeheuerlichen Verlusten des Weltkrieges geben.

### Die französische Armee:

Die Zahl der an dem Kriege teilnehmenden Soldaten beziffert sich auf etwa 8317000 Mann. Die Verluste betragen insgesamt 7325000, darunter 900000 Tote, 5945000 Verwundete und Kranke und 438000 Gefangene.

### Die englische Armee:

Die Zahl der an dem Kriege in Frankreich teilnehmenden Soldaten betrug 5399000 Mann. Die Verluste: 4231572, darunter 407619 Tote, 3348345 Verwundete und Kranke, 324248 Gefangene.

### Die amerikanische Armee:

Die Zahl der in der Zeit vom Juli 1917 bis November 1918 nach Europa entsandten Soldaten betrug 2086000 Mann. Die Gesamtverluste betrugen 1226231, davon 86694 Tote, 1224772 Verwundete und Kranke und 4765 Gefangene.

### Die russische Armee:

Die Zahl der Soldaten, die am Kriege teilgenommen haben, betrug 15123000 Mann. Gesamtverluste: 12122000, darunter 626440 Tote, 7771876 Verwundete und Kranke und 8638271 Gefangene und Vermisste. Die Zahl der Gefangenen und Vermissten in der russischen Armee ist ungeheuer groß (24 Prozent der Gesamtzahl der Soldaten); sie wird in den anderen kämpfenden Armeen nicht erreicht.

### Die deutsche Armee:

Die Zahl der am Kriege teilnehmenden Soldaten betrug etwa 18000000 Mann. Die Gesamtverluste: 12332354, darunter 1531048 Tote, 9890966 Verwundete und Kranke, sowie 991340 Gefangene und Vermisste.

Von dieser Rechnung sind alle anderen kriegsführenden Mächte, vor allem Italien, Belgien, Serbien, Rumänien, Bulgarien und Österreich-Ungarn nicht erfaßt.

### Eine genaue Berechnung der

**Berluste der polnischen Armee im Bolschewistenkriege**  
ist aus Mangel an genauen Statistiken unmöglich. Die durch das Informationsbureau des polnischen Roten Kreuzes gemachten Angaben, die in späteren Bearbeitungen ergänzt wurden, weisen folgende Verluste für die Zeit vom 1. November 1918 bis zum 1. Juli 1921 auf:

	Offiziere	Soldaten	Zusammen
Tote	1074	16139	17213
Verwundete	3308	110210	113518
Vermisste	985	29853	30338
„Ohne Diagnose“	542	50709	51251
Zusammen	581	38328	38909

Nimmt man die Gesamtzahl der Kranken mit 450000 an, so betragen die Gesamtverluste der polnischen Armee

701229 bei einer Gesamtzahl von 1200000 Soldaten, die an dem polnisch-bolschewistischen Kriege teilgenommen haben. Die größten Verluste waren im August 1920 zu verzeichnen, und zwar 87599, darunter 48649 Tote, Verstorbene und Verwundete.

## Generalstreit in Belgien.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß in einer dort am Sonntag abgehaltenen außerordentlichen Versammlung von Vertretern des sozialistischen Bergarbeiterverbandes nach einer stürmischen Diskussion beschlossen wurde, den Generalstreik im belgischen Bergbau auszurufen. Von dem Streik werden 170000 Bergleute erfasst.

Die Streikbewegung selbst dauert bekanntlich schon einen Monat an. Von Anfang an entglitt die Leitung der Bewegung den Sozialisten und ging in die Hände von radikalen Elementen, hauptsächlich Kommunisten, über. Die Regierung hatte den Arbeitern versprochen, ihre Forderungen, die sich gegen die Kurzung der Löhne richteten, nach der Wiederaufnahme der Arbeit zu prüfen. Die Versammlung lehnte diesen Vorschlag ab und verlangte eine unverzügliche Erhöhung der herabgesetzten Löhne und eine neue Regelung des Kollektivabkommen im Bergbau. Nach dieser Forderung sollen die Löhne in Zukunft nicht wie bisher nach dem Kohlenpreise, sondern nach dem Teuerungsindex geregelt werden.

Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage hat die Regierung unverzüglich die nötigen militärischen Vorbereitungen getroffen.

## Juristische Rundschau.

Können zusätzliche Waldabgaben nach Rechtskraft der Abgabenbemessung verfügt werden?

(Von unserem Berichterstatter beim Obersten Verwaltungsgericht Warschau.)

Für waldabgabepflichtige Personen wird von grundsätzlicher Bedeutung sein eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes, welche der Behörde das Recht abspricht, eine Zusatzabgabe aufzuerlegen, resp. die Abgabenbemessung abzuändern, wenn die bemessende Behörde die Grundlage für die Bemessung zu gering eingeschätzt hat.

Einem Waldbesitzer wurde die Waldabgabe unter Zugrundelegung eines fünfjährigen Abholzungsetats bemessen. Dieses Ausmaß erhielt Rechtskraft. Nach Ablauf von drei Jahren verfügte die Wojewodschaft, da sich herausgestellt hätte, daß nicht ein fünfjähriger, sondern ein 10jähriger Abholzungsetat als Grundlage für die Bemessung angenommen werden sollte (der Waldbesitzer hatte angegeben, daß auf seinen Waldungen Servitute lasten, die aber den gesetzlichen Bestimmungen über die Servitute nicht entsprachen), — daß das Ausmaß in der Weise abgeändert werden solle, daß eine Zusatzabgabe nach Maßgabe eines 10jährigen Abholzungsetats aufgelegt werde. Eine Beschwerde an das Ministerium für öffentliche Arbeiten hatte keinen Erfolg. Das Ministerium sprach der Wojewodschaft das Recht zu, da es sich um eine öffentlich rechtlige Abgabe für Staatszwecke, somit für Zwecke des allgemeinen Wohles, handle, eine Revision des ursprünglichen Ausmaßes anzuvorünen, welches fehlerhaft war. Das Ministerium billigte den Standpunkt der Wojewodschaft, welche sich in der Ausübung ihres diesbezüglichen Aufsichtsrechtes auf die Verordnung des Staatspräsidenten vom 19. Januar 1928 über die Organisation der Verwaltungsbehörden stützte.

Der Rechtsvertreter des betroffenen Waldbesitzers, der frühere Vize-Finanzminister Dr. Ignaz Weinfeld, erhob Klage beim Obersten Verwaltungsgericht, in der er nachwies, daß der Behörde unter keinen Umständen das Recht auf Änderung des ursprünglichen Ausmaßes zustehe. Und das Oberste Verwaltungsgericht gab der Klage Folge. Es entschied unter folgenden Ausführungen:

Eine Zusatzbemessung einer Steuer sei im allgemeinen nicht zulässig. Wenn auch der Staat ein Recht darauf habe, daß von dem Steuerpflichtigen das ihm nach der Sachlage zufallende Steuerausmaß vollkommen eingetrieben werde, so müsse doch der Staat unbedingt darauf Bedacht nehmen, daß durch unerwartete, nachträgliche Verfügungen der Behörden, nachdem der Steuerzahler seiner Pflicht schon rechtskräftig nachgekommen war, keine für eine geregelte und übersehbare Wirtschaftslage schwerwiegende Eingriffe in die Vermögensverhältnisse des Steuerzahlers gemacht werden. Das sei ein Leitsatz, der allen Leistungen des Staatsbürgers gegenüber dem Staat zugrunde zu liegen habe. Daher sei auch in gewissen Fällen, wenn es sich um Abgabenpflichten des Bürgers gegenüber dem Staat handle, in den betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, um einer versehentlichen Amtshandlung der Behörden Rechnung zu tragen, eine Fristbestimmung eingeschaltet, innerhalb welcher eine Entscheidung der Behörde über die Abgabenpflicht des Besitzers abgeändert werden könne. Eine solche Bestimmung sei auch in dem Gesetz über die Vermögensabgabe vom 11. August 1923 enthalten, die in einer gewissen Beziehung zur Waldabgabe stehe. Hierin ist eine Frist, bis zu welcher eine Vermögensabgaben-Bemessung abgeändert werden konnte, mit Ende des Jahres 1923 festgesetzt. Wenn aber im Waldabgabegesetz eine solche Fristbestimmung nicht enthalten sei, so wäre dies als Fingerzeig anzusehen, daß in dem Gesetz an eine Änderung eines rechtskräftig gewordenen Waldabgaben-Ausmaßes nicht gedacht war.

Die Behörde hätte geglaubt, daß ihr nach der Verordnung vom 19. Januar 1928 im Interesse des Staatswohles ein Revisionsrecht gegenüber einer zum Schaden des Staates fehlerhaft ergangenen Entscheidung zustand. Mit dieser Auffassung über das Revisionsrecht gegenüber einer fehlerhaften Entscheidung habe die Behörde nach dieser Richtung nicht Recht. Nicht die Verordnung vom 19. Januar 1928, die übrigens nur eine Organisationsverordnung sei und nur das Verhältnis der Behörden zueinander betreffe, sei in solchen Belangen maßgebend, sondern die Verordnung vom 22. März 1928 über das Verwaltungsverfahren, welche Bestimmungen über das Recht der Behörden in Verwaltungsangelegenheiten gegenüber Parteien und interessierten Personen enthält. Die Anwendung dieser letzteren Verordnung sei aber, im Gegensatz zu der vorgedachten Verordnung, nach welcher sich die Behörde im Rahmen ihres freien Ermessens bewegen könne, an genau umschriebene Bedingungen gebunden, unter deren Vorhandensein die Behörde eine rechtskräftige Entscheidung abändern kann.

Es sei nicht richtig, wenn die Behörde behauptet, daß sie ihre Zuflucht zur Verordnung vom 19. Januar 1928 nehmen müsse, weil die Verordnung vom 22. März 1928 (nach Artikel 112 Punkt b) ihre Anwendbarkeit in Fällen von Steueraangelegenheiten ausschließt. Die Verordnung habe Anwendung auf den vorliegenden Fall. Sie schließe die Anwendbarkeit nur auf solche Fälle aus, in denen es sich um mittelbare oder unmittelbare Steuern, um Zollfragen, Stempelgebührenfragen und Monopolangelegenheiten handelt. Die Waldabgabe falle aber nicht unter diese Angelegenheiten, weil sie keine fiskalische Angelegenheit im eigentlichen Sinne des Wortes sei wie die obengenannten Steuern und Abgabenangelegenheiten, sondern vielmehr eine Verwaltungsangelegenheit, was schon daraus hervorgehe, daß sie sich in der Verwaltung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten befindet und im Haushaltungsprojekt des Staates im Teile des Ministeriums für öffentliche Arbeiten figuriere.

Also nur im Wege der Verordnung vom 22. März 1928 könnte die Behörde ihr Recht auf Revision im Aufsichtswege einer rechtskräftigen Entscheidung der Unterbehörde geltend machen. Aber, wie gesagt, dieses Recht sei nur an bestimmte Bedingungen gebunden. Und zwar sei es gebunden, soweit es sich um Entscheidungen handelt, aus denen für die Parteien oder interessierten Personen erworbene Rechte erwachsen sind, an das Einverständnis dieser Parteien oder interessierten Personen. Es sei unstrittig, daß die Partei im vorliegenden Falle ein Recht erworben habe. Ohne Rücksicht auf das Einverständnis der Partei könne die Aufsichtsbehörde eine rechtskräftige Entscheidung abändern unter den Bedingungen der Art. 101 und 102 der Verordnung vom 22. März 1928, die aber auf derartige Fälle keinen Bezug haben.

Es ergeben sich somit folgende Entscheidungen, die das Oberste Verwaltungsgericht in drei Rechtsgrundlagen gefaßt hat. Sie lauten:

1. Die Berechtigung des Wojewoden nach Art. 31 Punkt 4 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 19. Januar 1928 (Dziennik Ustaw Pos. 86) über seine Aufsichtsvollemaut erstrecke sich auf Parteien und interessierte Personen nur unter Einhaltung der Vorschriften der Art. 90—101 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. März 1928 über das administrative Verfahren (Dziennik Ustaw Pos. 341).

2. Art. 112 Punkt b der Verordnung über das administrative Verfahren vom 22. März 1928 hat auf Angelegenheiten, betr. das Ausmaß der Waldabgabe, keine Anwendung.

3. Ein rechtskräftig vollzogenes Ausmaß der Waldabgabe kann von der zuständigen Behörde nur unter den Bedingungen der Art. 100, bzw. 101 und 102 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. März 1928 über das administrative Verfahren abgeändert werden. (Entscheid. des Obersten Verwaltungsgerichts vom 27. Mai 1932 Reg. Nr. 9076/30.)

## Beginn der Ruder-Wettkämpfe auf der X. Olympiade.

Der aussichtsreichste deutsche Ruderer muß das Bett hüten.

Los Angeles, 10. August. (Eigene Drahtmeldung). Die deutsche Rudermannschaft ist von einem schweren Schlag getroffen worden: der aussichtsreichste deutsche Ruderer, Herbert Buh, ist an einer Infektion erkrankt und muß ausgerechnet an dem Tage, an dem die Ruderwettkämpfe beginnen, auf ärztliches Anraten das Bett hüten. Die deutsche Rudermannschaft und damit die gesamte Olympia-Mannschaft hat einen beträchtlichen Verlust erlitten, denn Buh galt auch in den Augen der anderen Sportsleute als einer der aussichtsreichsten Ruderer im Einer und im Zweier.

Gute Erfolge der polnischen Ruderer in den Vorläufen.

Am gestrigen Tage begannen die Vorläufe in dem Bierer mit Steuermann. Als Vertreter Deutschlands startete im ersten Vorlauf der Berliner Ruderkub. Vom Start ab führte Italien, bei 600 Meter konnte sich die deutsche Mannschaft, die den 37-jährigen Schlag riadtete, an Italien vorbei schieben. Es gelang jedoch den Italienern abermals das deutsche Boot zu überholen und mit 7,06 zu siegen. Das deutsche Boot brauchte 7,09. Die deutsche Mannschaft wird jedoch an dem Endlauf noch teilnehmen. Im zweiten Vorlauf siegte Polen mit 7,04 vor Amerika mit 7,08; unplatziert Japan.

Im Zweier ohne Steuermann belegten ebenfalls die polnischen Ruderer mit 7,53,4 und einer halben Länge vor Frankreich den ersten Platz. Im zweiten Vorlauf gewann England vor Neuseeland, unplatziert Holland und Amerika.

### Im Wettbewerb der Segler

wurde gestern die sechste und vorletzte Wettsfahrt ausgetragen. Dabei konnte der Deutsche Bär nur den fünften Platz belegen. Im bisherigen Klassement steht Holland mit 55 an erster, England mit 45 an zweiter, Frankreich, Spanien und Deutschland mit je 44 Punkten an dritter, vierter und fünfter Stelle.

In der 6 Meter-Flossen-Klasse hat Schweden den ersten Preis, Amerika den zweiten und Kanada den dritten errungen, in der 8 Meter-Flossen-Klasse Amerika den ersten, England den zweiten und Kanada den dritten Preis.

### Die Schwimmer

führten am gestrigen Tage die 400×100-Meter-Staffel im Crawl-Stil durch. Japan ließ sich seinen ersten Platz nicht entziehen und siegte in der neuen olympischen Bestzeit von 8,58,4 vor Amerika mit 9,10,5. Den dritten Platz belegte nach einem außerordentlich scharfen Kampf mit den Kanadiern Ungarn.

Im Wasserballspiel standen sich Amerika und Deutschland gegenüber. Trotzdem die Deutschen allgemein als die Favoriten bezeichnet wurden, konnten sie nur einen Unterschied von 4:4 herausholen, so daß damit die Hoffnung auf eine silberne Medaille für Deutschland zunichte geworden ist.

### Erfolge der deutschen Boxer.

Am gestrigen Tage begannen ferner die Box-Wettkämpfe. 85 Amateur-Boxer aus 16 Staaten nehmen daran teil. Im Fliegengewicht gewann der Deutsche Spannagel nach Punkten über den Argentinier Breilo. Im Weltergewicht siegte Erwin Kramer, im Leichtgewicht Karg-Oberhausen, beide über japanische Gegner.

# Deutschland geht nicht mehr nach Genf

## ... wenn nicht allgemein abgerüstet wird.

### Neue Erklärungen Schleichers.

Die "New York Times" veröffentlichten den Inhalt einer Unterredung, die der Chef ihres Berliner Nachrichtendienstes, F. J. Birchall, in Berlin mit dem Reichswehrminister von Schleicher hatte. Der Reichswehrminister versicherte zunächst ernst, daß er jede Militärdiktatur ablehne. Die Reichswehr sei das einzige unpolitische Machtmittel, das der Reichspräsident — die einzige Instanz in Deutschland, die sich auf eine klare Mehrheit des Volkes berufen kann — einzischen vermag: "Die Reichstagswahlen haben gezeigt, wie schwer Deutschland hente zu regieren ist. Die radikalen Parteien haben den größten Erfolg gehabt; nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch auf der anderen Seite die Kommunisten."

Man müsse trotzdem bewundern, wie das deutsche Volk seine ungeheure Not noch so ruhig und diszipliniert trägt. Dagegen dürfe man sich nicht darüber wundern, daß in Deutschland Parteidienstungen entstanden sind, die sich gegenseitig gewaltsam bekämpfen. Das sei nur dadurch möglich geworden, daß die Autorität des Staates durch den Versailler Vertrag untergraben worden ist:

"Wir werden erst dann in Deutschland wieder vollständig stabile Verhältnisse haben, wir werden erst dann die Parteien und ihre Organisationen wieder vollständig dem Staat unterwerfen können, wenn die Deutsche Regierung ihrem Volk beweisen kann, daß sie die gleichen Rechte besitzt wie jeder andere Staat der Welt."

Es gibt deshalb keine wichtigere Frage für die deutsche Politik nach innen und nach außen als die der Gleichberechtigung. Die Deutsche Regierung ist entschlossen, diese Frage in der nächsten Zeit zu lösen."

Damit leitete Reichswehrminister von Schleicher über zu Erklärungen über seine Stellungnahme zur auswärtigen Politik Deutschlands. Für ihn stehe die Abrüstungsfrage im Mittelpunkt der Außenpolitik:

"Die Abrüstungskonferenz hat sechs Monate lang getagt und dann eine Entscheidung gefasst, die weder die Abrüstung bringt, noch die Gleichberechtigung anerkennt.

Was ist aus all den schönen Grundsätzen geworden, die alle Staaten am Anfang der Abrüstungskonferenz aussprachen? In den Verhandlungen der technischen Ausschüsse haben sie ihr Grab gefunden.

Über die Vorschläge des Präsidenten Hoover, die geeignet waren, die Abrüstung ein großes Stück vorwärts zu bringen, hat man freundliche Worte gesagt, aber man hat keine ihrer wichtigeren Bestimmungen in die Schlussresolution aufgenommen. Deutschlands selbstverständliche Forderung nach Gleichberechtigung ist nicht berücksichtigt worden, obgleich doch die Abrüstungskonvention nur dann einen Wert hat, wenn sie von gleichberechtigten Partnern freiwillig unterschrieben wird. Deutschland hat daher die Entschließung abgelehnt.

Das deutsche Volk hat 18 Jahre lang darauf gewartet, daß ihm sein Recht zuteil wird. Es kann nicht länger warten. Es wird seine Vertreter nicht wieder nach Genf schicken, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne gelöst wird. In dieser Frage gibt es bei uns keinen Unterschied der Parteien. Keine Deutsche Regierung wird eine Abrüstungskonvention unterzeichnen können, die Deutschland nicht in allen Dingen dieselben Rechte gibt wie allen anderen Staaten.

Wenn man heute U-Boote, Bombenflugzeuge, schwere Geschütze und Tanks als Verteidigungsmittel bezeichnet, mit welchem Recht will man sie dann Deutschland vorenthalten? Wenn Polen seine Landesgrenzen befestigen kann, mit welcher Begründung will man Deutschland diesen Schutz verbieten? Daß Deutschland als einzige Großmacht nicht in der Lage ist, für seine nationale Sicherheit zu sorgen, ist ein unmoralischer und entwürdigender Zustand, den wir nicht länger dulden können. Entweder müssen die Entrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages auf alle Mächte angewendet werden, oder man muß Deutschland das Recht abwenden, sein Wehrsystem so umzubauen, daß es seine nationale Sicherheit gewährleistet. Wir wollen kein Wettrüsten... Wir denken weder daran, ein stehendes Friedensheer von 800 000 Mann aufzustellen, wie es Frankreich heute unterhält, noch den großen Seemächten Konkurrenz zu machen. Wir wollen die Sicherheit unserer Nachbarn nicht bedrohen. Wir unterstützen jede Abrüstungsmaßnahme. Aber wir verlangen auch für uns Sicherheit, Gleichberechtigung und Freiheit.

In seiner letzten Rede in Genf hat der französische Ministerpräsident darauf hingewiesen, daß Frankreich seine Rüstungsausgaben im letzten Jahr um 10 Prozent vermindert habe. Über was bedeuten 10 Prozent Verminderung angesichts der Tatsache, daß nach den eigenen Angaben Frankreichs an den Völkerbund sein Wehrbudget seit 1925 in sechs Jahren um über 100 Prozent gestiegen ist. Im letzten Jahr hat Frankreich für seine Wehrmacht die Riesensumme von 18,8 Milliarden Franken, das sind 2,3 Milliarden Mark, ausgegeben. Und in dieser Summe sind die Sonderkredite von mehreren Milliarden Franken für das französische Befestigungssystem nicht eingerechnet.

Die Wehrbudgets von Frankreich und Deutschland verhalten sich wie 4:1. Polen opfert jährlich 500 Millionen Reichsmark, die Tschechoslowakei 260 Millionen Reichsmark, Belgien 100 Millionen Reichsmark für die nationale Sicherheit. Diese vier durch Militärbündnisse verbündeten Nachbarstaaten Deutschlands geben für Rüstungszwecke also jährlich nahezu vier Milliarden Mark, fast das Sechsfache des deutschen Wehrbudgets aus. Wer braucht da Sicherheit?

Im Zeitalter der Technik beruht der Nutzen eines Wehrbudgets hauptsächlich in der relativen Höhe der Geldmittel, die für die neuzeitlichen Angriffswaffen,

für Flugzeuge, Tanks, schwere Artillerie, U-Boote, für Munition und Kriegsindustrie, ausgegeben werden können. Je geringer die Personalkosten, desto höher die Mittel für Kriegsmaterial. In Deutschland erhält der Rekrut einen täglichen Sold von 1,50 Reichsmark, in Frankreich, Polen und anderen Ländern von 5 Pfsg.! Deutschland hat keine Flugzeuge, keine Tanks und schweren Geschütze, keine U-Boote, Flugzeugträger und großen Schlachtkräfte. Dafür hat man der Reichswehr eine im Verhältnis zur Gesamtstärke des Heeres ungewöhnlich zahlreiche Kavallerie, die bekanntlich die teuerste Waffengattung ist, zugemessen. Deutschland wurde eine staatliche Rüstungsindustrie verboten; für jede Waffenart ist eine private Monopolfabrik mit geringen jährlichen Fertigungsmengen vorgeschrieben; die Ausfuhr von Waffen ist verboten. Alle diese Hemmungen haben außerordentlich hohe Herstellungskosten für Waffen und Munition zur Folge. Und während alle anderen Staaten mächtige staatliche Rüstungsindustrien ausbauen, will man in Genf hauptsächlich die private Rüstungsindustrie unter ständige Kontrolle nehmen. Wo bleiben da Ehrlichkeit, Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung?

Ich kenne auch die Methoden, nach denen gewisse Kritiker die Höhe des deutschen Wehrbudgets auf das Doppelte und Dreifache des wirklichen Betrages erhöhen. Man rechnet die Kosten für die Polizei hinzu, obwohl diese unter der Kontrolle der Siegermächte so organisiert wurde, daß sie weder in der Ausbildung noch in Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation kriegsverwendungsfähig ist. Man betrachtet die deutsche Zivilluftfahrt, für die das Reich wenig mehr als 40 Millionen Mark ausgibt, als dankbares Objekt für Internationalisierungspläne und verschweigt, daß andere Staaten für ihre Zivilluftfahrt das Doppelte der genannten Summe und für die Militärluftfahrt das Vielfache aufwenden. Ich wundere mich auch, daß man die Kosten für die deutschen 10 000-Tonnen-Panzer-Schiffe als Verschwendug zu bezeichnen wagt während Frankreich in drei Jahren soviel Neubauten vom Stapel läßt, wie die ganze deutsche Marine an Schiffsräum umfaßt.

Alle diese Vorwürfe sind völlig unbegründet und ändern nichts an der Tatsache, daß Deutschland unter allen Großmächten absolut und relativ das weit aus niedrigste Wehrbudget hat."

Bei beginnender Verlaufung der Blutgefäße führt der Gebrauch des natürlichen "Franz-Josef"-Bitterwassers zu regelmäßiger Stuhlgelenkung und Herabsetzung des hohen Bludruckes. (493)

### Beamte und Parteipolitik.

#### Ein Erlass Dr. Brachts.

Derstellvertretende Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, hat an die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung einen Erlass über die parteipolitische Beauftragung der Beamten gerichtet, mit der Anweisung, ihnen allen Beamten umgehend zur Kenntnis zu bringen. In dem Erlass heißt es:

"Während des letzten Reichstagswahlkampfes haben sich in einer Reihe von Fällen Beamte an der Wahlagitation der verschiedenen politischen Parteien während beteiligt, teilweise innerhalb ihres Arbeitsbezirks und unter einem gewissen Einsatz ihrer amtlichen Stellung oder ihres amtlichen Einflusses. Der Beamte, der sich parteipolitisch betätigt, darf hierbei nie vergessen, daß der Beamte nach der Reichsverfassung in seinem Beruf Diener der Gemeinschaft, nicht einer politischen Partei ist. Aus diesem hohen Beruf des Beamten ergeben sich für seine private parteipolitische Betätigung zum mindesten in der Form des Auftretens Grenzen, die gerade in von Parteidienst schrift durchwühlter Zeit nicht überschritten werden dürfen. Die Erhaltung des Glaubens an eine unparteiische und gerechte Staatsverwaltung im Volke ist ein besonderes wichtiges Element zur Festigung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Selbst wenn auch nur der Schein in politischer Einseitigkeit der Staatsbeamten infolge einer dieser Grenze überschreitenden parteipolitischen Betätigung des einzelnen das Vertrauen in die Sachlichkeit und Unparteilichkeit der Staatsverwaltung trüben würde, so müßte, zumal in Zeiten wie den gegenwärtigen, der Staat, aber auch die Idee des Berufsbeamten schwere Schaden leiden. Ich werde nicht dulden, daß durch die Art der parteipolitischen Betätigung von Beamten der Staatsgedanke zu Schaden kommt. Swarz will ich gewissen, mir mitgeteilten Einzelfällen über die Art parteipolitischer Betätigung von Beamten anlässlich der letzten Reichstagswahlen nicht weiter nachgehen. Ich muß jedoch angesichts der Notlage des Vaterlandes und der bestehenden parteipolitischen Zerrissenheit mit allem Nachdruck an das Beamtenamt die Förderung richten, bei künftigen Teilsnahmen an parteipolitischen Auseinandersetzungen diejenige besondere Mäßigung und Zurückhaltung zu üben, die sich für die aus ihrer Eigenschaft als Diener am Volkganzen bedeutsamen Organe der Staatsgewalt ergibt."

### Das mißvergnügte Rumänien.

#### Klagen, Forderungen und Hoffnungen aus Anlaß des Abschlusses des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes.

Der große Freude, der die gesamte polnische Presse (mit Ausnahme des sozialistischen "Robotnik") über den Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes in umfangreichen Artikeln Ausdruck gegeben hatte, ist in der letzten Zeit in denselben Redaktionen, ausgenommen vielleicht in denen der Regierungsorgane, eine gewisse Ernüchterung gefolgt, daß man auf Grund von rumänischen und französischen Pressestimmen die Ansicht vertritt, daß durch diesen selbständigen Schritt Polens das Bündnis zwischen Polen und Rumänien gefährdet werden könnte. Um nun die Stimmung in Rumänien kennen zu lernen, hatte der Krakauer "Fluistrowany Kurjer Godziny" einen politischen Korrespondenten dorthin entsandt, um die Meinung der rumänischen Staatsmänner und Politiker über den Pakt mit den Sowjets zu erfahren. Die Eindrücke, die dieser Korrespondent in Rumänien gewonnen hat, gibt nun der "Fluistrowany Kurjer Godziny" in einem zwei Seiten umfassenden Artikel wieder, dem wir folgendes entnehmen:

Rumänien hat seine Gründe dafür gehabt, daß es die Idee eines Paktes mit Sowjetrußland gerade nicht mit Begeisterung aufgenommen hat. Die beharabischen Frage ist für Rumänien von erstklassiger Bedeutung. Sie in diplomatischen Vereinbarungen in Frage zu stellen, könnte nach Ansicht der rumänischen Politiker die öffentliche Meinung desorientieren, die die bolschewistische Gefahr richtig einschätzt, vielleicht auch überschätzt. Nach der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Paktes, haben sich in Rumänien drei verschiedene Strömungen gebildet: a) die der Regierungsgruppe gehörenden Parteien, die Anhänger des polnisch-rumänischen Bündnisses sind, sind über diesen politischen Akt durchaus nicht erbaut, b) die der Opposition angehörenden Parteien, die Anhänger des Bündnisses sind, machen verschiedene Vorbehalte, c) alle Vertreter der rumänischen Meinung, denen das Bündnis mit Polen am Herzen liegt, nähren die Hoffnung, daß Polen den Nichtangriffspakt mit den Sowjets nicht ratifizieren werde, solange die Sowjets nicht ein ähnliches Abkommen mit Rumänien unter Bedingungen abschließen, die von Rumänien diktiert werden. Die rumänischen Bedingungen bestehen darin, daß die Sowjets die Zugehörigkeit Rumäniens zu Rumänien anerkennen. Wenn in dieser Frage keine Kompromissformel gefunden wird, so wird es zwischen Rumänien und den Sowjets keinen Nichtangriffspakt geben.

Die offiziellen Kreise Rumäniens, so hebt der Korrespondent hervor, betrachten den Schritt Polens ebenfalls sehr skeptisch und um diese Skepsis zu zerstreuen, erinnert der "Fluistrowany Kurjer Godziny" daran, daß Polen Rumänien den Termin der Unterzeichnung des Paktes, die anfangs eine Verlängerung erfahren hatte, mitgeteilt hat. Polen konnte die Baltischen Staaten nicht im Stich lassen, die den Nichtangriffspakt mit den Sowjets bereits unterzeichnet hatten. Es war, so meint der Krakauer "Kurjer", besser, sich an die Seite der Baltenstaaten zu stellen, deren Interessen die Unterzeichnung forderten, als auf Rumänien zu warten, mit dem das Bündnis ohnehin durch den polnisch-sowjetischen Pakt garantiert ist. (Warum haben dann die Baltenstaaten bei ihrer Unterzeichnung und Ratifizierung nicht auf Polen gewartet? D. R.) Die Verwunderung und Empörung, die in Bukarest nach der Unterzeichnung des polnisch-russischen Paktes zu

verzeichnen war, wäre gerechtfertigt gewesen, a) wenn Rumänien nicht ständig und systematisch durch die Polnische Regierung von dem Verlauf der Unterredung mit Moskau informiert worden wäre, b) wenn die Polnische Regierung dem rumänischen Bundesgenossen nicht eingehend die Gründe dargelegt hätte, die sie zur Unterzeichnung des Paktes mit den Sowjets veranlaßt haben und c) wenn die Polnische Regierung Rumänien nicht zur Errichtung einer Verständigung mit den Sowjets geholfen hätte.

Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes durch Polen ohne Rumänien schwächt auch nicht im geringsten Grade das polnisch-rumänische Bündnis ab, das die Stabilisierung der Verhältnisse in Osteuropa garantiert. Rumänien braucht nicht an der Seite Polens sein, als es den Friedenspakt mit den Sowjets unterzeichnete, aber Polen wird nicht an der Seite Rumäniens in dem Augenblick fehlen, wenn dessen Friede bedroht sein wird.

In einem zweiten Aufsatz beschäftigt sich der Krakauer "Fluistrowany Kurjer Godziny" mit der beharabischen Frage und zitiert dabei die Thesen, die dem Vertrater des Blattes im rumänischen Außenministerium gesagt worden sind: "Die Nichtunterzeichnung des Paktes durch Rumänien erfolgte infolge der Unmöglichkeit, eine entsprechende Formel zu finden. Die beharabische Frage halten wir für endgültig erledigt. Eigentlich hat es zwischen Rumänien und Russland noch keine Verhandlungen gegeben. Es handelt sich nur um Gespräche, die über eventuelle Verhandlungen geführt wurden. Die Unterredungen werden Ende September wieder aufgenommen werden. Solange es keinen Pakt gibt, kann von diplomatischen Beziehungen zwischen Rumänien und Russland nicht die Rede sein. Zunächst müssen die Sowjets die beharabische Frage als positiv erledigt anerkennen. Für die Sowjets ist die rumänische Frage nur eine diplomatische Frage, für Rumänien selbst aber eine Lebensfrage unserer Brüder. Der Votschaftsrat hat Rumänien Beharabien unter der Bedingung angesprochen, daß vier Mächte diese Entscheidung unterzeichnen und ratifizieren. Unterzeichnet wurde das entsprechende Dokument von den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans. Ratifiziert wurde es durch das französische, englische und italienische Parlament. Die Japaner haben die Ratifizierung abgelehnt, und dies wird Rumänien von den Bolschewisten nicht ohne Genugtuung vorgehalten. Doch dieser Umstand ist nicht geeignet, den wirklichen Sachzustand zu ändern: Beharabien gehört Rumänien.

### Ein bezeichnendes Inserat.

In der vom Warschauer sozialistischen "Robotnik" geführten Rubrik für Arbeitssuchende findet sich in Nummer 267 vom 7. d. M. folgendes Inserat:

"Früherer Legionär, früherer Kommandant einer Abteilung des Schützenverbandes, früherer Bezirksekretär des Unparteiischen Blocks für die Zusammenarbeit mit der Regierung (BB), früherer Redakteur eines Sanierungs-Provinzblattes, der über die "Sanacja" enttäuscht ist, sucht irgendwelche Arbeit."

Der Fall ist krass, und der Mann sehr bedauernswert. Wer wird ihm helfen?

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einläufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die "Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Der Getreidemarkt der Woche.

Das Kennzeichen der Getreidemarkte in der Berichtswoche war die schwankende Tendenz. Es gab Tage, an denen sich die Preise fester zu gestalten schienen, und auf Grund irgend einer für die Märkte günstigeren Nachricht anzogen, um an anderen Tagen wieder in eine schwache Haltung zurückzufallen. Auf der nördlichen Halbinsel sind die Ernten noch nicht überall zum Abschluß gelangt. In Kanada, in den Vereinigten Staaten und in Europa dürfte inzwischen die Roggenernte geborgen sein. Die Weizen-, Hafer- und Gersten-Ernte ist in vollem Gange. Die Schätzungen, die von den einzelnen Stellen über die Höhe der einzelnen Ernterücksichten vorgenommen werden, schwanken recht beträchtlich. Die endgültige Höhe kann daher noch nicht bestimmt werden. Sie kann kaum als preisregulierender Faktor in Betracht gezogen werden. Auf die Preisgestaltung wirken vorerst noch Erwartungen über nicht Tatsachen über den Umfang des diesjährigen Ernteeintrags. Nicht ohne Einfluß blieben die politischen Vorgänge auf internationalem Forum. Der Frage der Absatzmärkte wird eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da man die Aufnahmefähigkeit einzelner europäischer Länder zunächst noch schlecht einschätzen kann mit Rücksicht auf die Ungewissheit ihrer eigenen Erträge und ihres Verbrauchsbedarfs. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß der Berichtsabschnitt im Zeichen schwacher Preise stand. Die rückläufige Bewegung der Roggen- und Weizenpreise war eine selbstverständliche Folge des vermehrten Angebotes, das sich im natürlichen Verlauf der Dinge stets nach dem Vergehen der Ernte bemerkbar zu machen pflegt.

Besonders stark waren die Schwankungen am Weizenmarkt. Wenn man Liverpool als Gradmesser nimmt, so muß diesem Markt eine besondere Uneinheitlichkeit in der Preisgestaltung nachgesagt werden. Die von amerikanischen Sachverständigen zu Beginn der Woche veröffentlichten Juli-Vorschätzungen für die nordamerikanische Ernte führten zu einem Abfallen der Preise, da diese Vorschätzungen weit günstiger waren als die Vorschätzungen der gleichen Sachverständigen am Anfang des Monats. Zum Juli mit 710 Millionen Bushel vorgeschätzt gegen 702 Millionen Bushel im Juni. Die kanadische Ernte wird mit 449 Millionen Bushel gegen 300 Millionen Bushel im Vorjahr geschätzt. Hierauf würde die kommende Saison in Kanada (mit den noch vorhandenen Beständen) einen Weizenüberschuß von 450 Millionen Bushel und in den Vereinigten Staaten von 300 Millionen ergeben. Ein solcher Weizenüberschuß würde den Bedarf der europäischen Länder während der nächsten 12 Monate decken. Die offiziellen Berichte waren allerdings pessimistischer, so daß die Preise durchschnittlich auf der Basis der Vorwoche zu liegen kamen. Von der Preisentholzung profitierte auch der russische Weizen, der im Gegensatz zum Vorjahr seinen Preis infolge des schwachen Angebotes behaupten kann. China ist in letzter Zeit als starker Käufer australischen Weizens hervorgetreten. Die europäische Nachfrage nach überseeischen Weizen war sehr schwach. Es hat den Anschein, als ob die Abnahmekräfte die europäischen Produzenten bevorzugen wollen. Das Gericht, wonach Deutschland 300.000 Tonnen Weizen von Ungarn beziehen werde, fand viel Beachtung.

Der deutsche Markt brachte ein ausreichendes Angebot in sofort lieferbarer Ware aus neuer Ernte. Die Nachfrage war im allgemeinen nicht sehr groß, so die Mühlen infolge des schwachen Weizeneinfusses sich eine starke Kurshaltung auferlegen. Die Preisgestaltung war demzufolge matter.

Die gleiche Erscheinung war am polnischen Markt zu beobachten. Das nach der Ernte größer werdende Angebot hat zu unangenehmen Preiskomplikationen noch nicht geführt, da die Interventionstätigkeit zunächst entlastend wirkte. Die Preisgestaltung blieb schwant.

## Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Politi“ für den 10 August auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Politi beträgt 7%, der Lombardzins 8%.

Der Zloty am 9. August. Danzig: Überweisung 57,52, bis 57,64, bar 57,49–57,60. Berlin: Überweisung 79,21–79,79. Prag: Überweisung 377,12–379,12. Zürich: Überweisung 57,60. London: Überweisung 30,75. Paris: Überweisung 286,00.

**Warthauser Börse vom 9. August.** Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 123,90, 124,21 — 123,59. Belgrad — Budapest — Bularest — Danzig — Helsingfors — Spanien — Holland 359,30, 360,20 — 358,40. Japan — Konstantinopel — Kopenhagen — London 31,05, 31,21 — 30,89. New York 8,926, 8,946 — 8,906. Oslo — Paris 34,96, 35,05 — 34,87. Prag — Riga — Sofia — Stockholm — Schweiz 174,00, 174,43, — 173,57. Tallin — Wien — Italien 45,65, 45,87 — 45,23.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,30.

Berlin, 9. August. Amtliche Devisenturste. New York 4,209—4,217, London 14,61—14,65, Holland 169,68—170,02, Norwegen 73,13—73,27, Schweden 75,02—75,18, Belgien 58,34—58,46, Italien 21,50—21,54, Frankreich 16,48—16,52, Schweiz 81,97—82,13, Prag 12,465—12,480, Wien 51,95—52,05, Danzig 81,92—82,08, Warschau —.

Die Bank Politi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zl., do. kl. Scheine 8,87 Zl., 1 Pfld. Sterling 30,80 Zl., 100 Schweizer Franken 173,32 Zl., 100 franz. Franken 34,82 Zl., 100 deutsche Mark 208,70 Zl., 100 Danziger Gulden 173,07 Zl., tschech. Krone — Zl., österl. Schilling — Zl.

## Produktionsmarkt.

**Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 9. August.** (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen, neu 19,50—20,50 Zl., Roggen, neu 14,50—15,00 Zl., Mälzergerste 17,25 Zl., Brauergeste 18,00—19,00 Zl., Felderbsen — Zl., Vittoria-erbsen — Zl., Hafer 14,50—15,50 Zl., Fabrikartoffeln — Zl., Speisekartoffeln — Zl., Kartoffelflocken — Zl., Weizenmehl 70% — Zl., do. 65% — Zl., Roggenmehl 70% — Zl., Weizenteile 10,00—11,00 Zl., Roggenfleisch 10,50—11,25 Zl., Engrospreise quanto Wagon der Aufgabestellung.

Gesamtrendenz: ruhig.

**Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 9. August.** Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

### Richtpreise:

Weizen, neu . . . . .	21,50—22,50	Sommerwilde . . . . .	—
Roggen, neu . . . . .	15,15—15,65	blaue Lupinen . . . . .	12,00—13,00
Gerste 64—66 kg . . . . .	17,00—17,50	gelbe Lupinen . . . . .	16,00—17,00
Gerste 68 kg . . . . .	17,50—18,50	Seradella . . . . .	—
Wintergerste . . . . .	—	Fabrikartoffeln pfd	—
Hafer, neu . . . . .	15,00—15,50	Kilo % . . . . .	—
Roggenmehl (65%) . . . . .	26,00—27,00	Senf . . . . .	—
Weizenmehl (65%) . . . . .	37,00—39,00	Roggenstroh, lose . . . . .	—
Weizenkleie . . . . .	9,50—10,50	Roggenstroh, gepr. . . . .	—
Weizenkleie (groß) . . . . .	10,50—11,50	Heu, loje . . . . .	—
Roggenkleie . . . . .	10,25—10,50	Heu, gepreßt . . . . .	—
Mühlen . . . . .	30,00—32,00	Nieheu, loje . . . . .	—
Bulischen . . . . .	—	Nieheu, gepr. . . . .	—
Felderbsen . . . . .	—	Leinluchen 36—38% . . . . .	—
Vittoria-erbsen . . . . .	—	Sonnenblumen-luchen 46—48% . . . . .	—
Folgerbsen . . . . .	—		

Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen, Roggen 90 to, Weizen 30 to, Gerste 30 to, Hafer 30 to, Roggentfleisch 40 to, Weizenteile 5 to.

**Warthauser Börse vom 9. August.** Getreide, Mehl und Futtermittelabschlüsse auf der Getreide- und Warenbörsen für 100 kg. Barität Waggon Warthauser: Roggen, alt —, Roggen, neu 16,25 bis 16,75, Weizen 24,00—25,00, Sammelweizen 23,50—24,00, Einheits-hafer 17,50—18,50, Sammelhafer 16,50—17,50, Grüngesier 17,00—18,00, Brauergesier 18,00—18,50, Speisefelderben 26,00—29,00, Vittoria-erbsen 26,00—29,00, Raps, neu 32,00—33,00, Rottflee ohne dicke Flachsleide —, Rottflee ohne Flachsleide bis 97% gereinigt —, roher Weizflee —, roher Weizflee bis 97% gereinigt —, Luxus-Weizflee 43,00—48,00, Weizflee 47,00—38,00—43,00, Roggenmehl I 30,00—33,00, Roggenmehl II 24,00—27,00, Roggenmehl III 23,00 bis 25,00, grobe Weizenteile 14,00—14,50, mittlere 13,00—13,50, Roggentfleisch 9,50—10,00, Leintfleisch 19,00—20,00, Rapsfleisch 16,00

# 12,2 Millionen Ausfuhrüberschuss im Juli.

Das Statistische Hauptamt in Warschau veröffentlicht jetzt die vorläufigen Ergebnisse der polnischen Handelsbilanz für den Monat Juli. Der Überschuss beträgt wertmäßig 12,215 000 Zloty. Er ist im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten stark zurückgegangen und befindet sich auf der Linie einer weiteren Abschwächung. Mengenmäßig betrug die Ausfuhr aus dem Gebiete Polens einschließlich des Kreisstaates Danzig 1.094.455 To. im Gesamtwerte von 81.120.000 Zloty. Die Einfuhr belief sich auf 140.634 To. im Werte von 68.905.000 Zloty.

Der Ausfuhrüberschuss betrug zwar im Juni nur 5,6 Millionen Zloty, dennoch wurde der Ausfuhrüberschuss im Juli sich mehr als verdoppelt haben. Daraus auf eine günstigere Entwicklung in der Gestaltung unseres Außenhandels schließen zu wollen, hieße eine irrtige Folgerung aus einer Erinnerung ziehen, die wertmäßig keineswegs erfaßt werden kann. Für die Wirtschaft Polens dürfte ein Unterschied im Ausfuhrüberschuss von wenigen Millionen Zloty keine überragende Bedeutung haben, da der an dem Umfang des Wirtschaftsorganismus minimal zu nennende Ausfuhrüberschuss keinen bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung unserer Zahlungsbilanz haben kann. Daß diese Annahme leicht beweisbar ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Gold- und Devisenbestände im polnischen Noteninstitut von Dekade zu Dekade zurückgehen und mit Mühe und Not das theoretische Deckungsverhältnis gewahrt werden kann. Weit wichtiger bei der Analyse der politischen Handelsbilanz und ihres Einflusses auf das Wirtschaftsleben ist das Verhältnis der Einfuhr zum Produktionsprozeß und das Verhältnis der Ausfuhr zu der Leistung des Wirtschaftsorganismus.

Polens kommt als preisregulierender Faktor in Betracht gezogen werden. Auf die Preisgestaltung wirken vorerst noch Erwartungen über nicht Tatsachen über den Umfang des diesjährigen Ernteeintrags. Nicht ohne Einfluß blieben die politischen Vorgänge auf internationalem Forum. Der Frage der Absatzmärkte wird eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da man die Aufnahmefähigkeit einzelner europäischer Länder zunächst noch schlecht einschätzen kann mit Rücksicht auf die Ungewissheit ihrer eigenen Erträge und ihres Verbrauchsbedarfs. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß der Berichtsabschnitt im Zeichen schwacher Preise stand. Die rückläufige Bewegung der Roggen- und Weizenpreise war eine selbstverständliche Folge des vermehrten Angebotes, das sich im natürlichen Verlauf der Dinge stets nach dem Vergehen der Ernte bemerkbar zu machen pflegt.

Besonders stark waren die Schwankungen am Weizenmarkt. Wenn man Liverpool als Gradmesser nimmt, so muß diesem Markt eine besondere Uneinheitlichkeit in der Preisgestaltung nachgesagt werden. Die von amerikanischen Sachverständigen zu Beginn der Woche veröffentlichten Juli-Vorschätzungen für die nordamerikanische Ernte führten zu einem Abfallen der Preise, da diese Vorschätzungen weit günstiger waren als die Vorschätzungen der gleichen Sachverständigen am Anfang des Monats. Zum Juli mit 710 Millionen Bushel vorgeschätzt gegen 702 Millionen Bushel im Juni. Die kanadische Ernte wird mit 449 Millionen Bushel gegen 300 Millionen Bushel im Vorjahr geschätzt. Hierauf würde die kommende Saison in Kanada (mit den noch vorhandenen Beständen) einen Weizenüberschuß von 450 Millionen Bushel und in den Vereinigten Staaten von 300 Millionen ergeben. Ein solcher Weizenüberschuß würde den Bedarf der europäischen Länder während der nächsten 12 Monate decken. Die offiziellen Berichte waren allerdings pessimistischer, so daß die Preise durchschnittlich auf der Basis der Vorwoche zu liegen kamen. Von der Preisentholzung profitierte auch der russische Weizen, der im Gegensatz zum Vorjahr seinen Preis infolge des schwachen Angebotes behaupten kann. China ist in letzter Zeit als starker Käufer australischen Weizens hervorgetreten. Die europäische Nachfrage nach überseeischen Weizen war sehr schwach. Es hat den Anschein, als ob die Abnahmekräfte die europäischen Produzenten bevorzugen wollen. Das Gericht, wonach Deutschland 300.000 Tonnen Weizen von Ungarn beziehen werde, fand viel Beachtung.

Der deutsche Markt brachte ein ausreichendes Angebot in sofort lieferbarer Ware aus neuer Ernte. Die Nachfrage war im allgemeinen nicht sehr groß, so die Mühlen infolge des schwachen Weizeneinfusses sich eine starke Kurshaltung auferlegen. Die Preisgestaltung war demzufolge matter.

Die gleiche Erscheinung war am polnischen Markt zu beobachten. Das nach der Ernte größer werdende Angebot hat zu unangenehmen Preiskomplikationen noch nicht geführt, da die Interventionstätigkeit zunächst entlastend wirkte. Die Preisgestaltung blieb schwant.

Im einzelnen genommen stieg die Ausfuhr im Juli wertmäßig um 3,6 Millionen Zloty, die Einfuhr dagegen weist eine Zunahme von 3 Millionen Zloty auf. In der Ausfuhr vollzog sich bei der Gruppe der Lebensmittel eine Erhöhung um 0,9 Millionen Zloty. Die Baconausfuhr stieg um 1,8 Millionen, die Räucherwaren- und Schinkenexport um 0,8 Millionen, die Roggenausfuhr um 1,0 Millionen Zloty. Die Zuckerexport ging um 0,8 Millionen Zloty, die Butter- und Eierausfuhr um 1,9 Millionen Zloty zurück. Die Ausfuhr von Schweinen stieg um

0,9 Millionen, die Ausfuhr von Rohleder um 0,7 Millionen Zloty. Die Holzausfuhr stieg um 1,5 Millionen Zloty. Auch die Kohlenausfuhr hat eine leichte Steigerung von 0,5 Millionen Zloty erfahren. Die Textilwarenausfuhr weist einen Rückgang von 0,5 Millionen Zloty auf, der sich sowohl auf Wolgarne wie Wollgewebe bezieht. Die Konfektionsausfuhr dagegen stieg um 0,5 Millionen Zloty.

Auf der Seite der Einfuhr sind die Lebensmittel um 3,7 Millionen Zloty zurückgegangen. Dieser Rückgang erstreckt sich vornehmlich auf Tabak, der um 3,1 Millionen Zloty zurückging, auch die Einfuhr von Pelzen und Fellen ging um 1,4 Millionen zurück. Die Einfuhr von Textilwaren weist einen Rückgang von 1,3 Millionen Zloty auf. Eine Steigerung weist die Einfuhr degegen in der Warengruppe der Samen auf, insbesondere bei der Einfuhr von Ölfrüchten, die um 1,1 Millionen Zloty gestiegen ist. Die Einfuhr von tierischen Fetten und Gerbstoffen zu technischen Zwecken weist eine Vermehrung um 1,0 Millionen Zloty auf. Besonders stark war die Einfuhr von Maschinen und Apparaten, insbesondere von Textil- und elektrischen Maschinen. Diese Einfuhr stieg um 1,7 Millionen Zloty. Auch die Einfuhr von Rohstoffen für die Hüttenindustrie weist einen Zugang von 0,1 Millionen Zloty auf.

Die ersten sieben Monate dieses Jahres brachten somit einen Gesamt-Ausfuhrüberschuss von 117,8 Millionen Zloty. Die Gesamtausfuhr belief sich auf 502,5 Millionen Zloty, die Gesamtein- und -ausfuhr auf 620,1 Millionen Zloty.

## Das Problem des polnischen Kohlenexports.

Das regierungsfreundliche schwerindustrielle Organ „Kurjer Polski“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit den Sorgen der polnischen Kohlenausfuhr, die eine zukünftige Entwicklung durchmache. Das Blatt schreibt dabei: Der Kohlenexport hat aufgehört eine aussichtsreiche Angelegenheit der Kohlenindustrie zu sein. Der Absatz polnischer Kohle im Ausland ist zu einem katastatischen Problem geworden. Vom Kohlenexport hängt der Aktivstand der Handelsbilanz ab, nach ihm richtet sich die Kursstabilität des Zloty. Selbst bei dem Rückgang der allgemeinen Warenausfuhr um etwa 40 Prozent ist der Kohlenexport prozentual, wenn auch nicht in absoluten Zahlen, gewachsen. Bei der Gesamtausfuhr im Mai dieses Jahres entfielen von 78 Millionen Zloty 14 Millionen Zloty auf den Kohlenexport, d. h. 19,7 Prozent.

Das Problem des Kohlenexports umfaßt noch 2 wirtschaftlich wichtige Fragen: zunächst die Arbeitslosigkeit, die sich bei dem spürbaren Rückgang des Inlandskonsums und des Exports noch steigern würde. Als zweites Moment erscheint die Seepolitik. Die Einnahmen, die die polnischen Häfen allein aus den Kohlenfrachten erzielen, betragen rund 32 Millionen Zloty.

Die Regierung hat als Stützungsaktion bisher eine prozentuale Herabsetzung der Zölle durchgeführt, und als zweite Stützungsaktion sollte die Schaffung eines sog. Export-Ausgleichsfonds dienen, dessen Erfolg ausblieb.

Was die ausländischen Absatzmärkte angeht, so ist in jahrelangen Konkurrenzkämpfen erworben worden, ist inzwischen eine Reihe von Misserfolgen zu verzeichnen. Die vom Verkehrsministerium am 1.5. dieses Jahres durchgeführte Tarifänderung des Exporttariffs von 7,20 Zloty auf 3,70 Zloty pro Tonne für Lieferungen, die 500.000 Tonnen monatlich übersteigen, hat in einer 3monatigen Praxis keinen Erfolg gezeitigt. Der Schlüssel der Situation sei weiter in Händen der Regierung.

**Die Internationale Agrarkonferenz in Warschau.** Der Zeitpunkt der Konferenz der östlichen Agrarstaaten wurde nunmehr auf den 24. 8. festgesetzt. Die Konferenz wird in Warschau stattfinden. 7 Staaten haben ihre Teilnahme zugesagt und zwar: Rumänien, Süddänemark, Tschechoslowakei, Bulgarien, Lettland, Estland und Ungarn.

**Nährtiere: vollfleischige, ausgemästete 66—76, Mästfärjen 56—62 gut genährte 44—52, mäßig genährte 38—4**